



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

**„Umweltpolitik als Netzwerk-Governance am Beispiel der
,Zero Waste’ Projekte in Neapel und San Francisco“**

verfasst von

Julia Stürzl, Bakk. Phil.

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt.
Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt.
Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Professor Dr. Ulrich Brand für seine Expertise, seine Geduld und seine Unterstützung beim Verfassen dieser Masterarbeit bedanken.

Des Weiteren ein herzliches Dankeschön an meine Familie, die mich stets in meinem Studium unterstützt hat und mir mit Ratschlägen und Inspiration zur Seite stand.

„Garbage has to be the poem of our time because garbage is spiritual, believable enough to get our attention, getting in the way, piling up, stinking, turning brooks brownish and creamy white: what else deflects us from the errors of our illusionary ways, not a temptation to trashlessness, that is too far off and, anyway, unimaginable, unrealistic . . .“

(Ammons, 1993:7)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1 Fragestellung und Ziel der Arbeit	3
1.2 Stand der Literatur.....	5
1.2.1 Technologisch - wirtschaftliche Aspekte.....	5
1.2.2 Ökologische Aspekte.....	6
1.2.3 Politische Aspekte.....	6
1.2.4 Soziale Aspekte.....	7
2 Definition wichtiger Begriffe	8
2.1 Zero Waste Politik.....	8
2.2 Netzwerk-Governance.....	11
3 Theorie.....	15
3.1 Urban Political Ecology.....	16
3.1.1 Environmental Justice.....	19
3.2 Kooperative Umweltpolitik.....	20
3.3 Diskussion der kooperativen Umweltpolitik mit Urban Political Ecology.....	22
3.4 Konzeptwandel von Müll	23
3.5 Zwischenfazit.....	26
4 Methode.....	28
4.1 Qualitative Inhaltsanalyse.....	28
4.2 Akteursanalyse.....	28
4.2 Fallauswahl.....	30
5 Empirie.....	32
5.1 Neapel	
5.1.1 Daten und Fakten.....	32
5.1.2 Entwicklung der Müllproblematik.....	33
5.1.3 Zero Waste Projekt in Neapel.....	35
5.1.4 Akteure und Interessen.....	36
5.1.4.1 Regierung.....	38

5.1.4.2	Wirtschaft.....	39
5.1.4.3	Zivilgesellschaftliche Akteure.....	40
5.1.4.4	Organisierte Kriminalität.....	44
5.1.5	Kooperation der Schlüsselakteure.....	45
5.2	San Francisco	
5.2.1	Daten und Fakten.....	46
5.2.2	Zero Waste Projekt in San Francisco.....	47
5.2.3	Akteure.....	51
5.2.3.1	Regierung.....	51
5.2.3.2	Wirtschaft.....	53
5.2.3.3	Zivilgesellschaftliche Akteure.....	54
5.2.4	Kooperation der Schlüsselakteure.....	55
5.3	Zwischenfazit.....	57
6	Conclusio.....	60
7	Ausblick.....	64
8	Literaturverzeichnis.....	66

Abbildungsverzeichnis

Abb.1: ZW hierarchy of Highest & Best Use.....	9
Abb. 2: „Waste schematic“ nach Moore.....	25
Abb. 3: Idealtypisches Modell der Akteure nach Rogall.....	29
Abb. 4: DPSIR (Driver, Pressure, State, Impact, Response, Framework)	35
Abb. 5: Akteure und deren Interessen.....	37
Abb. 6: San Francisco Waste Legislation and Diversion Rates.....	50

Abkürzungsverzeichnis

FIBE = Impregilo und Fisia, Babcock Anlagen, Babcock Kommunal und Evo Oberhausen

NW = Netzwerk Governance

NGO = Non Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)

UPE = Urban Political Ecology

ZW = Zero Waste

In der Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht und sollen keinerlei Diskriminierung darstellen.

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

1. Einleitung

Der rasch voranschreitende Klimawandel und die Umweltverschmutzung weltweit, die zunehmend Auswirkungen auf den Wohlstand und die Gesundheit der Menschen nach sich ziehen, haben aktuell ein Ausmaß erreicht, welches von politischen Entscheidungsträgern nicht länger ignoriert werden kann. Um die Krise zu bewältigen, wird inzwischen verstärkt nach Lösungen auch außerhalb der klassischen politischen Handlungsmöglichkeiten und Denkmuster gesucht. Während internationale Klimakonferenzen, wie beispielsweise der letzte Weltklimagipfel in Warschau 2013, mit der Strategie, einzelnen Ländern Verpflichtungen von außen aufzuerlegen und eine vertraglich festgelegte Umweltpolitik vorschreiben zu wollen, jedes Jahr von Neuem scheitern (vgl. DeutscheWirtschaftsNachrichten 2013), ist parallel dazu in vielen Teilen der Welt eine steigende Tendenz zu freiwilligen staatlichen und individuellen Initiativen zugunsten des Umweltschutzes erkennbar. In diesem ökologischen Kontext stellt Netzwerk-Governance im Bereich der Umweltpolitik eine neuere Form der politischen Machtausübung dar und konzentriert sich stärker auf Kooperation als auf die Durchsetzung von Gesetzen und Regeln. Die sogenannte „Zero Waste“ Bewegung, entstanden Ende der 90er Jahre, ist ein Paradebeispiel für die neue Regierungsform der kooperativen Governance in übergreifenden Akteurs-Netzwerken. Außerdem ist sie Ausdruck eines allmählich stattfindenden Wandels innerhalb des staatlichen Handelns hin zu einer kooperativen Umweltpolitik, der angesichts der Brisanz des rasch fortschreitenden Klimawandels und dadurch verursachten Naturkatastrophen dringend nötig ist (vgl. Rahmstorf&Schellnhuber 2012: 7ff).

Die „Zero Waste“ Projekte sind ein aussagekräftiges Beispiel für freiwilliges Umweltengagement mit öffentlich festgelegten ökologischen Zielen, die Regierungen weltweit in Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren, wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft, durch Eigeninitiative zu erreichen versuchen. Das Prädikat „Zero Waste“ bedeutet, dass sich ein Akteur, sei es eine Institution oder Privatperson, eine zeitliche Vorgabe für das Ziel setzt, (fast)¹ keinen Müll mehr zu produzieren, das heißt einen vorher festgelegten Prozentsatz an recyceltem, wiederverwerteten, biologisch abbaubaren oder in Energie umwandelbaren Abfall zu erreichen (vgl. Synergis). Um dieses Ziel zu erfüllen gibt es Handlungsoptionen auf verschiedenen Ebenen, die der Regierung zur Verfügung stehen, zum Beispiel die normale staatliche Gesetzgebung, die Kooperation mit der Wirtschaft, aber auch und vor allem die

¹ warum es fast unmöglich ist, eine Recyclingrate von 100 Prozent zu erreichen, wird in einem späteren Absatz näher erläutert.

Zusammenarbeit mit der Bevölkerung in Netzwerken und Verhandlungssystemen. Diese letztere Option stellt ein aktives Einbeziehen der Expertise und Gestaltungsmacht ziviler Akteure in den Entscheidungs- und Implementierungsprozess des Staates dar und verleiht diesen Kooperationspartnern folglich ebenfalls Macht, auf der politischen Ebene mitzuentcheiden. Diese enge Kooperation zwischen Staat und Zivilbevölkerung, auch „Netzwerk-Governance“ genannt, wird noch relativ selten mit der Umweltpolitik in Verbindung gebracht und angewandt (vgl. Scheer, 2006:11), jedoch sollte dies gerade angesichts der zunehmenden Netzwerk-Kooperation neuer umweltpolitischer Projekte wie „Zero Waste“, nachgeholt werden.

In meiner Masterarbeit werde ich mich anhand qualitativer Studien der Literaturrecherche und unter Verwendung von Theorien wie der „Kooperativen Umweltpolitik“ und der „Urban Political Ecology“ auf die beiden „Zero Waste“ Projekte in Neapel, Italien und San Francisco, Amerika, konzentrieren. Ergänzt durch den „Environmental Justice“-Ansatz wird dieser theoretische Rahmen die nötige Einengung des Themas vornehmen und die richtige Perspektive zur Beantwortung der Forschungsfrage erlauben. Der Fokus der Analyse liegt vor allem auf der Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen im Feld der Umweltpolitik, sowie den verschiedenen Interessen, Maßnahmen und der Relevanz der verschiedenen Akteure Staat-Wirtschaft-Zivilbevölkerung für die Umsetzung der „Zero Waste“ Projekte. Zu den involvierten Akteuren gehören sowohl Befürworter, als auch Gegner bzw. Blockierer, wie beispielsweise die organisierte Kriminalität in Neapel. Nach einer präzisen Analyse und Einschätzung der „Zero Waste“ Projekte in den verschiedenen Städten, sowie einem gesonderten Kapitel, das sich der Zusammenarbeit zwischen Staat und Bevölkerung widmet, wird abschließend ein Vergleich der beiden Umweltprojekte vorgenommen. Dieser resultiert darin, die Vorteile und Erfolge, aber auch die Schwachstellen und Probleme der Netzwerk-Governance im Bereich der Umweltpolitik, sowie dessen Potential als Leitbild für andere zukünftige Projekte im umweltpolitischen Bereich, darzustellen.

Die Arbeit beinhaltet insgesamt sechs Kapitel, die Gliederung besteht aus der Einleitung mit Fragestellung und Stand der Literatur, verschiedenen Definitionen, der theoretischen Auseinandersetzung mit Ansätzen der „Urban Political Ecology“, „Environmental Injustice“ und der „Kooperativen Umweltpolitik“. Die Methodik besteht aus der qualitativen Inhalts- und Akteursanalyse. Danach folgt der Praxisteil mit konkreten Beispielen der „Zero Waste“

Projekte der Städte Neapel und San Francisco und schließlich die Conclusio und der abschließende Ausblick.

1.1 Ziel der Arbeit und Fragestellung

Umweltpolitik ist selten auf ein einfaches Politikfeld beschränkt, sondern in breitere gesellschaftliche und 'natürliche' Zusammenhänge und Machtverhältnisse integriert, da sowohl die Produktion von Müll als auch verschiedene Ansätze zu dessen Handhabung (von Müllverbrennung bis zum Recycling, siehe „Zero Waste“) zutiefst in gesamtgesellschaftliche Produktionszusammenhänge, Konsummuster, Lebensweisen und Regulierungsparadigmen eingreifen. Der Fokus dieser Arbeit liegt somit hauptsächlich auf der staatlichen Netzwerk-Governance, also der Kooperation des Staates mit verschiedenen Akteuren aus Zivilbevölkerung und Wirtschaft, die für die Implementierung der „Zero Waste“ Politik zwingend erforderlich ist. Darüber hinaus werden auch die daraus resultierenden, strategisch eingeschriebenen Machtverhältnisse dieser Netzwerk-Kooperation herausgearbeitet und die Auswirkung der „Zero Waste“ Politik auf die beteiligten Akteure analysiert. Konkret stehen also zum einen die Identifikation der relevanten Akteure der „Zero Waste“ Strategie und ihre Interessen im Zentrum. Zum anderen soll ein besonderes Augenmerk auf die Bürgerbeteiligung gelegt werden, da angenommen wird, dass die freiwillige Selbstinitiative und das Engagement der zivilen Gesellschaft eine wichtige Voraussetzung für die Implementation der „Zero Waste“ Politik darstellt. Mit Hilfe des „Environmental Justice“ Ansatzes wird schließlich versucht, die Gewinner und Verlierer, die sich aus der Durchführung der „Zero Waste“ Politik ergeben, festzustellen.

Ziel der Arbeit ist es, einen Beitrag zur politikwissenschaftlichen Strukturierung und Einordnung des wissenschaftlich noch relativ unerschlossenen Themas der „Zero Waste“ Politik zu leisten, thesengenerierend zu arbeiten und zukünftiger Forschung so als Orientierungsstütze bezüglich folgender Punkte zu dienen: Zum ersten ist es für die Umsetzung und Forschung zukünftiger wissenschaftlicher Projekte vor allem im umweltpolitischen Bereich von Interesse, wie die Kooperation des Staates im Netzwerk der „Zero Waste“ Strategie abläuft und welche Machtkonstellationen vorherrschen, also welche Akteure den größten Einfluss auf die Gestaltung und Umsetzung der „Zero Waste“ Politik haben, um diese Strategie eventuell für zukünftige umweltpolitische Projekte heranzuziehen.

Auch die Bedeutung der Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen wird anhand der ökologischen Selbstinitiative der „Zero Waste“ Politik untersucht. Zur Erklärung des Phänomens wird die wissenschaftlich noch recht junge „Urban Political Ecology“ herangezogen und in die Arbeit mit der „Kooperativen Umweltpolitik“ eingebunden.

Indirekt könnte der angestrebte wissenschaftliche Mehrwert auch konkrete praktische Auswirkungen beinhalten. Wenn die Regierung den Nutzen dieser alternativen umweltpolitischen Ansätze erkennt und ein strukturelles Umdenken der Umweltpolitik stattfindet, würde dies unter Umständen zur Folge haben, dass die Staaten bessere Umweltschutzmaßnahmen implementieren und ein positiver Beitrag zum Umweltschutz geleistet wird. Aber auch jene Städte, die bereits „Zero Waste“ Projekte betreiben, können zu neuen Einsichten gelangen, wie sie die Umweltpolitik effektiver und kooperativer gestalten können.

Konkret deutlich wird der Ansatz dieser Arbeit im Hinblick auf die Forschungsfrage, welche, eingebettet in den theoretischen Kontext der „Kooperativen Umweltpolitik“ und der „Urban Political Ecology“, beantwortet werden soll:

Wie gestaltet sich die Kooperation ziviler und privatwirtschaftlicher Akteure mit der Regierung auf verschiedenen Ebenen und welche Auswirkungen hat diese Zusammenarbeit?

Aus dieser übergreifenden Forschungsfrage, die den roten Faden der Masterarbeit darstellt, leiten sich folgende weitere forschungsleitende Fragen ab:

- 1) Welche Akteure, Prozesse und Strukturen haben Einfluss auf die „Zero Waste“ Politik?*
- 2) Wie gestaltet sich die Kooperation von Staat, Wirtschaft und Zivilbevölkerung im Hinblick auf die „Zero Waste“ Strategie?*
- 3) Welche Rolle spielt die Bürgerpartizipation hinsichtlich der erfolgreichen Umsetzung der „Zero Waste“ Politik?*
- 4) Welche Gewinner und Verlierer kristallisieren sich durch die „Zero Waste“ Politik heraus?*

1.2 Stand der Literatur

Bezüglich des Themas „Zero Waste“ existiert allgemein relativ wenig Literatur, obwohl der Begriff bereits seit den 70er Jahren existiert und seit den 90er Jahren eine Bewegung darstellt (vgl. Palmer, 2009). Vor allem gibt es kaum Bücher, die sich dem Thema „Zero Waste“ aus sozial- und politikwissenschaftlicher Perspektive heraus widmen. So liegt der Fokus der Literatur stark auf praktischen Aspekten, wie den jeweiligen Methoden und der technischen Umsetzung der „Zero Waste“ Strategie und deren Ausführung, der Anwendung eines „Zero Waste“ Lebensstils im Alltag und im Unternehmen oder auf dem „Zero Waste Engineering“ wie beispielsweise den spezifischen Methoden des Abfallmanagementsystems. In diesem Kapitel werde ich einen Überblick darüber schaffen, welche Aspekte von „Zero Waste“ bisher wissenschaftliche Beachtung gefunden haben, um anschließend detaillierter auf vorliegende Analysen und Fallstudien zu „Zero Waste“ Politik einzugehen. Ersterem kommt dabei die Funktion einer Verdeutlichung und Kontextualisierung der Problemstellung zu, während Letzteres als Basis für das weitere Vorgehen dient und unter anderem bei der Fall- und Methodenwahl berücksichtigt wird.

1.2.1 Technologisch-wirtschaftliche Aspekte

Eine der am intensivsten geführten Diskussionen im Rahmen der „Zero Waste“ Politik ist die Optimierung der Abfallströme durch technologische Innovationen, wie beispielsweise mechanisch-biologische Trennungsanlagen, die durch konstant niedrige Temperatur einen Fäulnisprozess durchführen, um die Mülltrennung und somit das Recycling zu verbessern (vgl. Gokaldas, 2012: 20). Dieser Aspekt ist von großer Bedeutung, da ab einer gewissen Abfallvermeidungsquote keine Steigerung derselben mehr möglich ist, wenn nicht neue Technologien eine effektivere Müllaufbereitung ermöglichen und darüber hinaus auch das Konsumverhalten nachhaltiger wird und somit die Müllproduktion präventiv bekämpft wird (vgl. Ferry, 2011). Auch Lehmann (2011: 155f.) sieht den Bedarf für eine nachhaltigere, ressourcenschonendere urbane Architektur, wie beispielsweise den Bau vorgefertigter Hochhäuser für die Innenstadt und die dafür nötige Ausbildung der Architekten, aber auch neue politische und gesetzliche Vorgaben sowie eine starke Rolle der Industrie als notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der „Zero-Waste“ Ziele an.

1.2.2 Ökologische Aspekte

Die ökologischen Aspekte der „Zero Waste“ Politik werden in der Literatur meist eingebettet in andere relevante Aspekte, wie politische Kämpfe oder Umweltmaßnahmen, behandelt. „(...) designing zero waste cities, where the environmental sphere works as a rim for all other spheres such as social, economic, political, and technological, and all those spheres are dynamic in nature.“ (Zaman&Lehmann 2011: 81) Obwohl die „Zero Waste“ Bewegung durch die zunehmende Umweltverschmutzung in urbanen und ländlichen Gebieten entstanden ist (siehe den Fall Neapels), wird in der Literatur dieser globale Bezug auf die Umweltkrise oder den Klimawandel, der ja indirekt einer der Hauptgründe für die Entstehung von „Zero Waste“ Städten ist, meist ausgeklammert. Der Fokus der „Zero Waste“ Politik liegt stattdessen auf der Bedeutung und Behandlung des Abfalls oder Debatten zu seinem Wert, es fehlt jedoch eine verstärkte Einbettung der Müllproblematik in einen größeren Kontext, wie dem ökologischen Wandel oder dem Umweltschutz. In der Literatur dagegen steht meist die Wechselwirkung von Müll und Gesundheit im Vordergrund, wie beispielsweise die Schädigung der Landwirtschaft durch die illegale Müllentsorgung oder die Bedeutung des Müllmanagements für die Entwicklung des urbanen Raumes.

1.2.3 Politische Aspekte

Spezifische Analysen über die Besonderheiten des politischen Handelns im Bereich „Zero Waste“ wurden auch nach intensiver Recherche kaum gefunden, jedoch gibt es durchaus Literatur bezüglich neuer Formen der Umweltpolitik wie beispielsweise das Buch von Wolff (2006): „Kooperative Umweltpolitik als Beispiel sich wandelnder Staatlichkeit“, in der vor allem der Wandel der Politik von „government“ zu „governance“ und die daraus entstehende staatliche Kooperation mit verschiedenen Bezugsgruppen analysiert wird. Jedoch gibt es kaum Literatur, die genauer auf die Besonderheiten dieser neuen Art von politischer Governance im Bereich der „Zero Waste“ Politik eingeht.

1.2.4 Soziale Aspekte

Die Literaturrecherche weist eine erstaunlich große Anzahl an Ratgebern für die Umsetzung eines „Zero Waste“ Lebensstils im Alltag auf, die oft von einfachen Bürgern ohne jeglichen politischen oder wirtschaftlichen Hintergrund oder ähnlichen Ambitionen verfasst werden. Diese Bücher, wie beispielsweise „Zero Waste Home“ (Johnson, 2013), befassen sich mit dem Problem der Umweltverschmutzung und der Ressourcenknappheit und stellen nicht nur einen Apell an den Einzelnen dar, seinen Teil zur Umsetzung einer „Zero Waste“ Welt zu leisten, sondern betonen auch die individuellen Vorteile der Umsetzung dieses Lebensstils, wie die Verbesserung der Lebensqualität und der Gesundheit. Darüber hinaus ist ein wichtiger Bestandteil dieser Blogs und Bücher die Erklärung der praktischen Umsetzung eines „Zero Waste“ Lebens im individuellen Alltag. Die Bedeutung der Literatur im sozialen Bereich ist nicht zu unterschätzen, denn „shopping is voting“ (Johnson 2013:9), womit Johnson konkret ausdrücken will, dass jede Entscheidung zugunsten von „Zero Waste“, beispielsweise auf Lebensmittel in Plastikverpackungen zu verzichten und regionales Obst zu erwerben, einen Einfluss auf die wirtschaftliche Produktionsweise ausüben kann und ein Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung nach einer nachhaltigen Lebensweise ist. Gerade solche persönlichen Ratgeber und Erfahrungsberichte können einzelne Bürger durch Emotionen und Engagement oft stärker beeinflussen als politische Vorgaben von oben, da durch die Personalisierung solcher Berichte ein größeres Vertrauen der Bürger erreicht werden kann.

2. Definition wichtiger Begriffe

2.1 „Zero Waste“ Strategie

Der Begriff „Zero Waste“ kann zunächst ein wenig irreführend wirken, denn damit ist nicht gemeint, dass die Produktion von Müll zwangsläufig auf Null reduziert wird. Es gibt noch keine allgemeingültigen „Zero Waste“ Regeln, deshalb besitzt jede Regierung die Entscheidungshoheit, selbst zu bestimmen, welche ökologischen Ziele sie anstrebt und wie sie diese erreichen will. Die meisten Städte benutzen als Richtlinie jedoch eine allgemein gültige Definition der Umweltgruppe „Zero Waste International Alliance“, die unter anderem festlegt, dass bereits das Erreichen einer Müllentsorgungsquote von 90% ohne die Nutzung von Mülldeponien oder Verbrennungsanlagen die „Zero Waste“ Vorgaben erfüllt (vgl. ZWAlliance, 2007).

Zero Waste is a goal that is ethical, economical, efficient and visionary, to guide people in changing their lifestyles and practices to emulate sustainable natural cycles, where all discarded materials are designed to become resources for others to use. Zero Waste means designing and managing products and processes to systematically avoid and eliminate the volume and toxicity of waste and materials, conserve and recover all resources, and not burn or bury them. Implementing Zero Waste will eliminate all discharges to land, water or air that are a threat to planetary, human, animal or plant health. (ZWAlliance, 2007)

Warum keine 100% Rate angestrebt wird begründet Neil Seldman, Vorsitzender des „Institutes für lokale Eigenständigkeit“, einer NGO mit Sitz in Washington D.C. zur Förderung nachhaltiger Gemeinschaften, damit, dass es umso schwieriger wird das Ziel zu erreichen, je näher man ihm kommt, da beispielsweise einige Produkte schlichtweg kaum recycelbar sind, sie jedoch weiterhin von der Bevölkerung gekauft und konsumiert werden (vgl. Ferry, 2011). Um wirklich gar keinen „ungenutzten“ Müll mehr zu produzieren, müsste man folglich schon im Vorfeld am Konsummuster der Bevölkerung ansetzen und Aufklärungsarbeit betreiben, denn die Regierung ist in ihrer Wirkungsreichweite beschränkt. Sie kann nur einen Teil zur erfolgreichen Implementierung der „Zero Waste“ Projekte durchsetzen, in dem sie zum Beispiel die Haushalte und Firmen zum Kompostieren und Recyceln verpflichtet, sie kann jedoch nicht das Konsumverhalten der Menschen verändern (vgl. Ferry, 2011). Denn dafür wäre ein Umdenken in den Produktions- und Konsumationsmustern aller beteiligter Akteure erforderlich, das über das Abfallmanagement des „Zero Waste“ hinausgeht, also schon zu Beginn des Produktionskreislaufes ansetzt und diesen verändert, in dem es den Ansatz verfolgt, Produkte ressourcenschonend herzustellen

und somit Müll und Umweltverschmutzung bereits im Vorfeld weitestgehend zu vermeiden (vgl. Synergis).

In der folgenden Graphik (siehe Abb.1) der „Zero Waste“ - Hierarchie der Organisation „Zero Waste International Alliance“ wird die Philosophie dieses ökologischen Ansatzes noch einmal anhand der Rangfolge der „Zero Waste“ - Methoden anschaulich dargestellt. Die primär angestrebten Maßnahmen sind die 3 R's der „Zero Waste“ Strategie: *Reduce, Reuse und Recycle*, denen alle weiteren Maßnahmen entsprechen müssen. So erfüllt die Energieaufbereitung beispielsweise nur dann die „Zero Waste“ Ideale, wenn sie von Systemen mit niedriger Temperatur und geringem Druck ausgeführt wird, wie beispielsweise mit nachhaltigem Biodiesel aus benutztem Pflanzenöl. Gemäß der „Zero Waste“-Philosophie stehen Mülldeponien auf der letzten Stufe der Müllverwertung, die nur dann verwendet werden sollten, wenn keine andere Wiederverwertung mehr möglich ist und der Müll bereits von allen chemischen und wiederverwertbaren Bestandteilen getrennt und biologisch stabilisiert wurde (vgl. International Alliance, 2013).

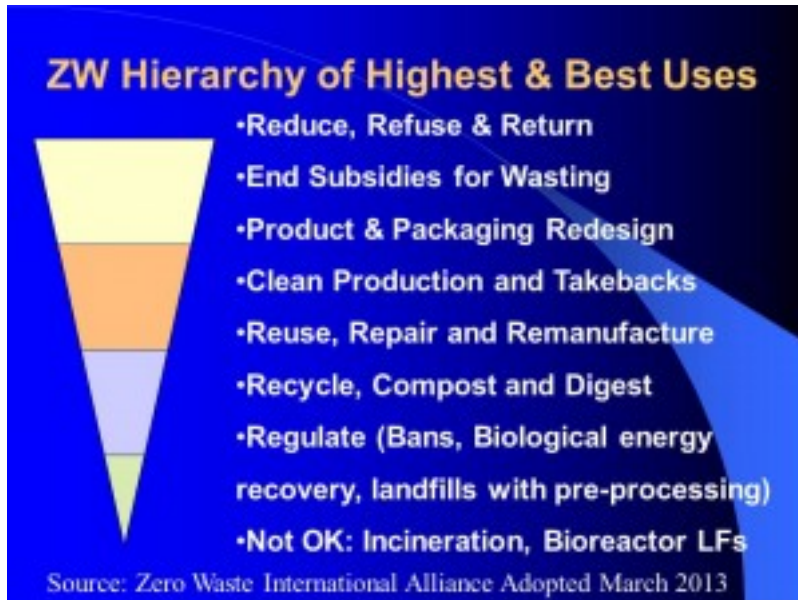


Abb. 1. - ZW hierarchy of Highest & Best Use (International Alliance, 2013)

Durch die Verbreitung der „Zero Waste“ Politik entsteht langsam auch ein Bedeutungswandel des Mülls in der Wahrnehmung der Akteure, in dessen Verlauf Abfall zunehmend als potentielle Ressource oder Restprodukt gesehen wird, das für die Industrie oder Natur wiederverwertet werden kann (vgl. Synergis). Dies ist ein großer Fortschritt in der Bedeutung

des „Zero Waste“ Wandels, jedoch ist das übergeordnete und langfristige Ziel der „Zero Waste“ Strategie, das jedoch etwas vernachlässigt wird, die komplette Vermeidung des Mülls.

Wegen des starken Fokus auf Kooperation auf allen Ebenen kann das „Zero Waste“ - Management auch als „partizipatives“ oder teilnehmendes Müllmanagement beschrieben werden, das den sozialen Zusammenhalt und die Gemeinschaften eines urbanen Lebensraumes stärkt. Über sogenannte Governance-Netzwerke mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die Kommunikations- und Austauschplattformen für Diskussionen und Kooperation der Umweltpolitik darstellen, werden zudem auch Arbeitsplatzsicherheit und höheres Einkommen für die Bürger gewährleistet (vgl. Gutberlet, 2008:10). Weitere Vorteile der Implementierung von „Zero Waste“ sind beispielsweise geringere Kosten für die Abfallentsorgung, ein steigender Profit der Regierung und weniger Umweltverschmutzung (vgl. Synergis). Denn in einigen Ländern, wie beispielsweise in Italien, ist die Situation der Müllproblematik bereits äußerst brisant, ein Umdenken dringend notwendig.

The scope of the unresolved waste dilemma underlines the urgency of new arrangements in waste management. New policies are required that address the waste of energy and natural resources and the increased generation of garbage in our disposable society. (Gutberlet 2008:10f)

Gutberlet (2008:10) schlägt vor, der Staat solle eine zweigleisige Strategie verwenden, um die Müllproblematik und auch die sozialen Unruhen wie in Neapel (siehe Kapitel 5.1.2) in den Griff zu bekommen.² Bei dieser Strategie läge der Fokus zum einen auf neuen technischen Methoden der Mülltrennung und des Recyclings und zum anderen auf der Einkommensgenerierung für die arme, urbane Bevölkerungsschicht. Da politische Programme des organisierten Recyclings und der demokratischen Städteplanung die Möglichkeit bieten, zivile Bürgerbeteiligung über Netzwerke wie beispielsweise zwischen Staat und Bevölkerung wiederzuerlangen, sollten diese an den lokalen Kontext der Bevölkerung angepasst werden, um möglichst effizient zu sein. Über diesen Informations- und Erfahrungsaustausch können die politischen Strukturen die politische und wirtschaftliche Partizipation verbessern, die lokale Lebensqualität der Bevölkerung, vor allem der marginalisierten Gruppen, durch die Schonung natürlicher Ressourcen verbessern und Arbeitsplätze schaffen.

Aus diesem Grund sollten sich die progressiven politischen Strategien des Abfallmanagements nach Gutberlet (2008:154) an folgenden Punkten orientieren: Die

² auch im Sinne des „Environmental Justice“ Ansatzes (Anmerkung der Autorin)

Inklusion organisierter Recyclinggruppen wie beispielsweise Vereinigungen, Genossenschaften und Gemeindegruppen in die kommunalen Müllprogramme, sowie die Gewährleistung von Gleichheit durch faire Bezahlung und soziale Vorteile für die richtige Müllentsorgung, als auch den Erhalt der „Öko-Gesundheit“. Bezogen auf alle Ebenen der Gesundheit, sei es die der Bevölkerung oder der Natur, ist das übergreifende Ziel, deren Intaktheit zu bewahren. Weitere Maßnahmen sind das Anstreben einer „Öko-Effizienz“, was die Minimierung der benötigten Ressourcen in der Produktion, sowie die Einführung von „Zero Waste“ Verpackungen und Produktabfall bedeutet, indem eine gemeinsame Verantwortung von Produzenten und Konsumenten für die Ressourcenverwertung und -erholung eingeführt wird. Als letzter Punkt soll Nachhaltigkeit des Abfallmanagements dafür sorgen, dass die ungleichen und nicht nachhaltigen Produktions- und Verbrauchermodelle auf lange Sicht aufgelöst werden können (vgl. Gutberlet, 2008:154).

2.2 Netzwerk-Governance

Aufgrund der zu beobachtenden Dynamik des Wandels in Bereichen der Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt durch ein „Spannungsfeld von Globalisierungs- und Regionalisierungstendenzen werden die herkömmliche Regelungssysteme mit einem wachsenden Handlungsdruck konfrontiert“ (Scheer, 2006:6), die eine Alternative zu herkömmlichen, staatlichen Handlungsmechanismen erfordern. Die Globalisierung stärkt die Macht der Wirtschaft und des Marktes, schwächt aber auf der anderen Seite den politischen Einfluss auf die Gesellschaft. Somit entwickelt sich eine Kooperation verschiedener Akteure auf mehreren Ebenen, die, um die zunehmend komplexen und sich ausweitenden Konflikte zu bewältigen, fast eine Notwendigkeit darstellt angesichts der Verschiebung von Steuerungsformen und –kompetenzen von Hierarchie, Markt und Zivilgesellschaft in den politischen Mehrebenensystemen. Durch Prozesse nicht nur der Globalisierung, sondern der Dezentralisierung und Regionalisierung, ist folglich eine Veränderung von Steuerungs- und Kommunikationsmustern im Kontext von Governance und sozialer Ökologie erforderlich (vgl. Scheer, 2006: 5-6) hin zur Netzwerk-Governance gerade auch im Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Aber auch wirtschaftliche Akteure denken um und streben nicht mehr alleine das Ziel an, die Politik nur zu beeinflussen, sondern sie legen einen stärkeren Fokus auf die interne und externe Zusammenarbeit. Und auch für den Staat ist es wichtig, mit anderen beteiligten Akteuren in Netzwerken zusammenarbeiten, um die „Zero Waste“

Projekte realisieren zu können. Eine weitere Entwicklung geht hin zur Diversifizierung und Expansion der relevanten Stakeholder, wobei nicht mehr nur mit Regierungen, sondern auch mit internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen kooperiert wird, die Netzwerke werden also erweitert. Folglich stellen auch Personen der Privatwirtschaft selbst Akteure der „Network-Governance“ dar (vgl. Meckling 2003: 8). In diesem Sinne meint Netzwerk-Governance die „Schaffung sozialer Ordnung durch interorganisationale Netzwerke.“ (Meckling, 2003: 8)

Für den Begriff „Governance“ existieren einige verschiedene Definitionen in der sozialwissenschaftlichen Literatur, die häufig verwendet, jedoch oft unpräzise eingesetzt werden, weshalb der Terminus je nach Kontext und Verwendung neu geprüft und für den aktuellen Sachverhalt definiert werden sollte. Wenn man nach Hirst und Thompson (1997:362) Governance als institutionelle Steuerung versteht, bedeutet der Begriff folglich:

The set of practices whereby interdependent political and/or economic actors coordinate and/or hierarchically control their activities and interactions.... Governance structures are therefore formal and informal institutional devices through which political and economic actors organize and manage their interdependencies. The purpose of such structures is to organize negotiation processes, set standards, perform allocative functions, monitor compliance, reduce conflict, and resolve disputes. (Hirst/Thompson 1997: 362)

Diese Errichtung einer sozialen Ordnung durch formelle und informelle Institutionen, auch bezeichnet als Governance-Strukturen, geht einher mit Forderungen nach einer stärkeren Moderation und Kooperation des Staates mit wirtschaftlichen Akteuren, während eine zivile Partizipation jedoch außer Acht gelassen wird (vgl. Meckling, 2003: 35). Die Definition von Schmitter (2002: 55) dagegen spricht von einer starken Zivilgesellschaft, mit welcher der Staat eine „geteilte gesellschaftliche Verantwortung für die Ressourcenallokation und Konfliktlösung besitzt“ (Schmitter 2002: 55). Unter „Network Governance“ wird in der Wissenschaft die Zusammenarbeit des öffentlichen Sektors (Staat, internationale politische Institutionen), mit der Zivilbevölkerung (gesellschaftlichen Akteuren wie NGOs, Wissenschaft) und dem privatem Sektor (Wirtschaft) verstanden. Diese dreiteilige Zusammenarbeit bringt Bereiche zusammen, die sonst meist getrennt voneinander agieren (vgl. Reinecke und Deng 2000:28) und soll auf diese Weise bessere und effektivere Problemlösungen erarbeiten. Dies wird von vielen Experten gerade angesichts der zunehmenden Komplexität der gegenwärtigen Probleme als äußerst wichtig erachtet, da ein Netzwerk aus Staat und einer Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren auch einen Austausch

von wichtigen Ressourcen wie Wissen und Erfahrung bedeutet und folglich die Effektivität des Netzwerkes erhöht (vgl. Berger 2006).

A typical network (if there is such a thing) combines the voluntary energy and legitimacy of the civil society sector with the financial muscle and interest of the business and the enforcement and the rule-making power and coordination and capacity-building skills of states and international organizations. (Reinecke und Deng 2000:29)

Zwei wichtige Voraussetzungen für die Effizienz der Netzwerke sind folglich Flexibilität, welche sich in der Offenheit für neue und veränderte Akteure äußert und Stabilität, also mittel- bis langfristig ausgerichtete Netzwerke, die die Umsetzung von Übereinkommen zwischen Staat und Zivilbevölkerung sicherstellen können. Die Netzwerke sind somit auf der einen Seite Governance-Mechanismen, formen und beeinflussen aber gleichzeitig deren Regeln und Strukturen. Da die Politik die Bedeutung und die Vorteile der Netzwerk-Governance inzwischen erkannt hat, bemüht sie sich darum, Synergien zwischen den verschiedenen Kompetenzen und Wissensformen der staatlichen und gesellschaftlichen Akteure herzustellen. Dafür ist jedoch ein Umdenken der klassischen politischen Governance erforderlich (vgl. Berger 2006).

Das alte lineare Modell, bei dem die Politik von oben herab verkündet wird, muss durch einen ‚circulus virtuosus‘ ersetzt werden, einen Spiralprozess, der – von der Gestaltung bis zur Durchführung der Politik – auf Rückkoppelung, *Netzwerken* und Partizipation auf allen Ebenen beruht. (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001: 14)

Es lassen sich hierbei zwei Konzepte von „Network Governance“ unterscheiden, wobei der Ansatz der „Netzwerke als selbstorganisierende Systeme“ von sich selbst organisierenden Netzwerken ausgeht, bei denen mit der Zeit automatisch eine Institutionalisierung stattfindet. Rhodes schlägt vor, dass diese Netzwerke eigene Dienstleistungen anbieten, die dem staatlichen Einfluss entgegensteuern und ihre eigene politische Linie entwickeln sollten. Beim Ansatz der „Netzwerke als selbstorganisierende Systeme“ besitzt kein einzelner Akteur das gesamte notwendige Wissen, die Werkzeuge oder die Macht, die notwendig wären, um die Gesetzgebung alleine zu bestimmen. Stattdessen ist es die Aufgabe der Regierung, sozialpolitische Interaktionen zwischen den Akteuren zu ermöglichen und somit Vertrauen und Kooperation innerhalb der Netzwerke zu gewährleisten. In diesem Kontext erweitert sich „government“ zu einem breiteren Begriff (Rhodes, 1996: 659). Jedoch sieht Rhodes auch ein Problem in den entstehenden Governing-Strukturen, denn durch die Beteiligung gleich mehrerer Akteure stellen sie eine ernsthafte Gefahr für die Regierbarkeit und Rechenschaftspflicht einer repräsentativen Demokratie dar. Diese Fragmentierung und

Dezentralisierung reduziert die staatliche Kontrolle über die Durchführung und Koordination der Netzwerke. Angesichts dieser Probleme fordert Rhodes zwischenstaatliche Managementwerkzeuge, um die Kommunikation zu stärken und die Problemlösungsfähigkeit der Regierung zu erleichtern. Bemühungen dieser Art könnten eventuell die Steuerungs- und Koordinationsprobleme der Netzwerke lösen, jedoch nicht die Konflikte über Fragen der Verantwortung und Zurechnungsfähigkeit. So könnte es laut Rhodes zu einem Phänomen des „Regierens ohne Regierung“ kommen, da die Gefahr besteht, dass die policy-Netzwerke die Öffentlichkeit ausschließen und sich nicht mehr zentral leiten lassen (vgl. Rhodes, 1996: 667).

Der zweite Ansatz nach Schout und Jordan (2003) beschäftigt sich mit den erforderlichen Institutionen der Governance, welche die Netzwerke ergänzen, evaluieren, strukturell unterstützen und auch Koordinierungskapazitäten innerhalb dieser Netzwerke entwickeln, folglich also aktiv steuern sollen. Ein Kritikpunkt an der „Network Governance“ ist ihre thematische Enge, da Netzwerke anfangs oft um spezielle (politische) Themen entstehen und deshalb selten themenübergreifend arbeiten. Somit wird, vor allem im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung, versucht, diese bestehenden Netzwerke bewusst zu erweitern um sie in einem größeren, interdisziplinären Kontext zu verwenden (vgl. Berger 2006).

Laut Scheer (2006:11), wird das Governance-Konzept noch kaum in Verbindung mit Umweltpolitik genannt, diese Feststellung ist allerdings schon mehrere Jahre alt. Diese sozial-ökologische Steuerung als Reformstrategie einzuführen und Nachhaltigkeit im wirtschaftlichen Handeln zu etablieren, stellt jedoch noch eine große Herausforderung dar. Dafür müssen langfristige Strategien und Leitbilder entwickelt werden, „die eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete ökologische Modernisierung mit sozial-ökologischen Transformationen und diese unterstützende Steuerungsprozesse zu verbinden.“ (Scheer 2006:11) Doch im Kontext einer anhaltenden Internalisierung externer Kosten ist es notwendig, die Ressourcenproduktivität bei gesteigertem Wirtschaftswachstum zu erhöhen und somit gesellschaftlichen Anforderungen und Bedürfnissen gerecht zu werden (vgl. ebda:11)

3. Theorie

Im Rahmen des zu behandelnden Themas in dieser Masterarbeit habe ich mich dazu entschieden, die Theorie der „Urban Political Ecology“ (UPE) zu verwenden, da sich diese am besten zur thematischen Einordnung und Analyse des „Zero Waste“ Ansatzes eignet. Vor allem der Fokus der Theorie auf die Zusammenhänge und wechselseitige Beeinflussung zwischen Stadt, Wirtschaft und Gesellschaft mit der Natur ist ein wichtiges Element für die Thematik der „Zero Waste“ Politik, da sie alle diese Ebenen miteinander verbindet. Eine wichtige Komponente, die ebenfalls zur Theorie der „Urban Political Ecology“ gehört, ist der „Environmental Justice“ Ansatz (kurz EJ), da dieser auf die Verantwortung der Gesellschaft für die verursachten Veränderungen der Natur eingeht. Diese Rechenschaftspflicht für die direkte Umwelt, sei sie urban oder ländlich, findet man auch bei den „Zero Waste“ Projekten, bei denen die Bevölkerung aktiv dabei mithilft, umweltpolitische Programme zu realisieren und somit die von ihr verursachten Umweltschäden zu bekämpfen. Das bestimmende Element der EJ ist darüber hinaus die ökologische Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft, da durch die Umweltverschmutzung bestimmte Gruppen profitieren und andere benachteiligt werden (vgl. Swyngedouw&Heynen 2003: 899). Diese soziale Ungleichheit ist eine Tatsache, die bei der Implementierung der „Zero Waste“ Politik beachtet werden und auch beseitigt werden muss. Den theoretischen Ansatz der UPE werde ich mit der Theorie der kooperativen Umweltpolitik verbinden, die vor allem meinen Fokus der politischen Netzwerk-Governance im Rahmen der „Zero Waste“ Projekte aufgreift und die Bedeutung der Netzwerkbildung verschiedener Akteure für die Effektivität von Problemlösungen zeigt. Die anfangs gewählte Actor-Network Theory stellte sich im Laufe der Arbeit als nicht geeignet für meine wissenschaftliche Perspektive des Themas heraus, da sie zwar das Zustandekommen und die Funktionsweise von Netzwerken erklärt, jedoch andere Fragestellungen verfolgt, wie beispielsweise die Erklärung wissenschaftlicher und technologischer Innovationen.

Ziel dieses Kapitels wird es sein, die beiden Ansätze der „Urban Political Ecology“ und der „Kooperativen Umweltpolitik“ im Detail vorzustellen, sie miteinander zu verknüpfen und auf ihre Stärken und ihren Nutzen in Bezug auf mein Forschungsdesign hin zu analysieren. Ein weiterer Einflussfaktor, der bei der „Zero Waste“ Politik eine Rolle spielt, ist der theoretische Wertewandel von Müll.

3.1 Urban Political Ecology

Die Theorie der „Urban Political Ecology“ (UPE) basiert hauptsächlich auf den Ansätzen der Wissenschaftler Neil Smith (1984), Piers Blaikie (1985) und David Harvey (1994), drei Vertretern der Denkschule der Political Ecology, und ist nach Heynen et al. (2006) eine Schule der kritischen, städtischen, umweltpolitischen Recherche, die den „Environmental Justice“ Ansatz ergänzt und in ihre Argumentation eingliedert (vgl. Surt Foundation 2010). Die Theorie der „Urban Political Ecology“ kann aus verschiedenen Perspektiven analysiert werden, wobei der Fokus von Heynens Artikel (2006) hauptsächlich auf dem marxistischen Verständnis liegt, welches durch einen relationalen und integrierten Ansatz versucht, die miteinander vernetzten ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Prozesse zu entwirren, die gemeinsam zur Erzeugung zutiefst ungleicher und ungerechter urbaner Umwelten führen (vgl. Swyngedouw&Heynen 2003: 914). Diese marxistische Herangehensweise inkludiert jedoch auch kapitalistische und historisch-materialistische Elemente. Letzteres konzentriert sich vor allem, wie auch die kritische politische Ökologie, auf die Herausarbeitung der sozioökologischen Metabolismen, also dem Prinzip der wechselseitigen Beeinflussung und Transformation von Mensch und Natur. Diese Metabolismen sind durch verschiedene Machtrelationen vernetzt und konstituieren und organisieren somit erst die Objekte (vgl. Swyngedouw&Heynen 2003: 915).

In Bezug auf diese, durch Machtverhältnisse verursachten, sozialen Ungleichheiten schlagen Swyngedouw and Kaika (2000:574) vor, sich auf die Verursacher, nämlich die politisch-ökonomischen Prozesse zu konzentrieren und nicht auf die produzierten natürlichen Artefakte.

Because of the capitalist (...) it is necessary to focus on the political economic processes that bring about injustice ... not the natural artefacts that are produced through these uneven social processes. (Swyngedouw&Kaika 200: 574)

Das Hauptargument der „Urban Political Ecology“ ist, dass die Unterscheidung zwischen Natur und Gesellschaft künstlich geschaffen ist und diese beiden Bereiche nicht unabhängig voneinander existieren können, da es kaum einen Bereich der Natur mehr gibt, der nicht von den Menschen auf irgendeine Art beeinflusst und somit verändert wurde (vgl. Surt Foundation, 2010). Gerade der Kapitalismus versucht zunehmend, „natürliche“ Dinge wie Samen, Organe und Gene künstlich herzustellen, zu verändern und damit auf dem Weltmarkt

zu handeln, somit also natürliche Dinge in Güter mit einem bestimmten Wert zu verwandeln und sie auf diese Weise zu kommodifizieren. Der zweite Punkt der Theorie ist, dass die Natur nicht zwangsläufig vor den urbanen Umwelten stoppt (vgl. Hinchcliff, 1999: 138), also nicht nur außerhalb der Städte existiert, sondern ganz im Gegenteil die Natur erst dazu beigetragen hat, diese urbanen Umwelten zu erschaffen. Hier spielt auch der bereits erwähnte „Environmental Justice“ Ansatz eine Rolle, der eben nicht daraus besteht, Grenzen zwischen Natur und Gesellschaft zu ziehen, sondern die Auswirkungen der Gesellschaft auf die Natur zu erkennen, sie zur Verantwortung zu ziehen und Klarheit über die Konsequenzen dieser ökologischen Ungleichheit zu schaffen, vor allem darüber, wer vom Kapitalismus profitiert und wer benachteiligt wird (Castree&Braun, 1998: 34). Die dritte These des Marx'schen Ansatzes der Urban Political Ecology geht davon aus, dass nicht Überpopulation und Armut die wahren Ursachen der Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit sind, sondern dass diese Probleme vom Kapitalismus erzeugt wurden (vgl. Surt Foundation 2010), der bei seiner ständigen Suche nach der Erzeugung von Mehrwert, der für sein Überleben notwendig ist, die Natur zerstört und ihre Ressourcen ausbeutet. Durch die Kommodifizierung der Natur verschleiert der Kapitalismus die sozialen Machtverhältnisse der Marktgesellschaft, die sich durch Dominanz, Unterwerfung, Ausbeutung und Unterdrückung äußern (vgl. Swyngedouw&Heynen, 2003: 902). Diese Phänomene der Ungerechtigkeit werden durch Metabolismen - dynamische Beziehungsformen zwischen Natur und Mensch wie zum Beispiel Gentrifizierung, Urbanisierung, Deindustrialisierung oder Servicewirtschaft - geschaffen (vgl. Swyngedoun, 2004, 2006). Allgemein kann also zusammengefasst werden, dass, wie auch der „Environmental Justice“ Ansatz argumentiert, der Kapitalismus über verschiedene Metabolismen, ungleiche Machtverhältnisse, kapitalistische Urbanisierung und räumliche Größenordnungen zur ökologischen Ungerechtigkeit beiträgt (vgl. Surt Foundation, 2010). Diese sozioökologischen Beziehungen der Macht, die die Bildung von urbanen Landschaften formen, sind nicht dauerhaft festgelegt sondern verlagern sich ständig zwischen verschiedenen Gruppen von Akteuren (vgl. Swyngedouw&Heynen, 2003: 902).

Städte sind folglich nach der Theorie der „Urban Political Ecology“ Netzwerke aus zeiträumlichen Prozessen, die aus mehreren fusionierenden Ebenen und Bereichen bestehen: lokal und global, menschlich und physisch, kulturell und organisch (vgl. Swyngedouw, 1996: 66ff.).

This intermingling of things material, social and symbolic combines to produce a particular socioenvironmental milieu that welds nature, society and the city together in a deeply heterogeneous, conflicting and often disturbing whole. (Swyngedouw, 1996: 72)

Somit sind für die Erhaltung des urbanen Lebens Transformationen und Metabolismen der Natur (z.B. Wasser, Computer, aber auch Filme etc.) zwingend notwendig, da sie die soziale und physische Umwelt der Stadt als geographisch-sozioökologische Prozesse unendlich, jedoch meist ungerecht verteilt, vereinen. Die Natur wird somit zu Gunsten der Eliten urbanisiert, da diese die Macht haben, den sozialen und politischen Kampf um Ressourcen für sich zu gewinnen, folglich also über die notwendigen materiellen Bedingungen verfügen, die zur Konstitution und Beeinflussung der urbanen Umwelten notwendig sind. Die natürlichen Transformationen und Metabolismen werden vorherrschenden sozialen, politischen und ökologischen Bedingungen angepasst und spiegeln somit die gesellschaftlichen Machtverhältnisse wider (vgl. Swyngedouw&Heynen, 2003: 899f.), der Mensch kann diese metabolischen Beziehungen jedoch durch seine Arbeit kontrollieren. Er konfrontiert als Kraft der Natur, also ein von ihr geschaffenes Wesen, durch seine Arbeit die Produkte der Natur und verändert in diesem wechselseitigen Prozess gleichzeitig beides - sich selbst als Mensch und die Natur (vgl. Swyngedouw&Heynen, 2003: 912). Zu diesen Metabolismen gehört nach der Auffassung in dieser Arbeit auch Müll, da er gesellschaftliche Machtbeziehungen und Ungleichheiten aufbaut und als – zumindest teils – Naturprodukt durch eine dynamische Verbindung mit dem Menschen verbunden ist.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Urban Political Ecology sind Skalen, da ökologische und soziale Prozesse eine raumzeitliche Wechselwirkung aufeinander besitzen, mit der sie neue sozioökologische Settings mit zeitlichen und räumlichen Charakteristika schaffen können. Dieser kontinuierliche metabolische Prozess ist eingebettet in soziale, politische, wirtschaftliche, geographische, kulturelle und institutionelle Kontexte und schafft somit skalare Organisationsformen wie Staaten oder lokale Regierungen. Diese territorialen und vernetzten Raumskalen werden als soziale Strategie um den Ressourcenkampf ständig neu definiert und können somit die soziale Geometrie der Macht organisieren und ändern. Beispielsweise können über die Größe der Organisation von Wassersystemen, zum Beispiel auf lokaler oder nationaler Ebene, veränderte sozioökologische Bedingungen herbeigeführt werden. Die Politik spielt hierbei eine wichtige Rolle, da sie zur Skalentransformation beiträgt und somit die soziale Geometrie der Macht entscheidend beeinflusst, während sich ökologische durch die Veränderung der Natur in soziale Skalen verwandeln können. Diese sozioökologischen Prozesse ändern somit durch soziale und politische Konflikte über Naturaneignung und Metabolismen die Bedeutung und die Rolle der geographischen Gradmesser. So spiegeln Machtgradienten zwischen sozialen Gruppen die skalaren Möglichkeiten wider, den Metabolismus der urbanen Umwelten positiv oder negativ zu

beeinflussen (vgl. Swyngedouw&Heynen, 2003: 913). Allgemein kann man somit feststellen, dass die urbane Umwelt, sozial sowie auch physisch, das Resultat eines historisch-geographischen Prozesses der Urbanisierung der Kultur darstellt (vgl. Swyngedouw and Kaika, 2000: 574)

3.1.1 Environmental Justice

Die Urbanisierung der Natur führt, wie in Kapitel 3.1 bereits angesprochen, zu ungleichen geographischen und sozialen Entwicklungsprozessen, die aus Faktoren wie Einkommensungleichheit, strukturellen Beziehungen und ungleicher Ressourcenverteilung resultieren und verstärkt werden (vgl. Swyngedouw&Heynen, 2003: 903). Low und Gleeson (1998:1) folgern daraus:

The question of justice is today being reshaped by the politics of the environment. For the first time since the beginning of modern science we are having to think morally about a relationship we have assumed was purely instrumental. (Low and Gleeson, 1998:1)

Das politische Programm der „Environmental Justice“ besteht somit aus der demokratischeren Konstruktion von sozioökologischen Verhältnissen, vor allem in dem die Politik die notwendigen Strategien offen legt, die nötig sind, um eine gerechtere Verteilung sozialer Macht und eine allumfassendere ökologische Produktionsweise zu erreichen (vgl. Swyngedouw&Heynen, 2003: 899).

Abschließend wird noch einmal kurz auf die Unterschiede der beiden, sich ergänzenden, Ansätze der „Environmental Justice“ und der „Urban Political Ecology“ eingegangen. Bei ersterer Theorie liegt der Fokus vor allem auf Beispielen von ökologischer Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, während es bei der UPE hauptsächlich um die sozioökologische Produktion der ökologischen Ungerechtigkeit geht, also unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen diese überhaupt entstanden ist. So gesehen betreibt die UPE eher Ursachenforschung, während die „Environmental Justice“ feste Tatsachen und ihre Auswirkungen analysiert. Beide Ansätze können sich jedoch ergänzen, da die UPE die Muster ökologischer Ungerechtigkeit benutzen kann, um die Ungleichheit durch urbane Metabolismen wissenschaftlich zu beweisen, während der hauptsächlich empirisch arbeitende EJ Ansatz durch die Betonung der UPE auf Metabolismen, Machtstrukturen, Urbanisationen

und Skalen an Tiefe gewinnen kann (vgl. Surt Foundation, 2010).

3.2 Kooperative Umweltpolitik

Thematisch passend zur Netzwerk-Governance, welche im Rahmen der „Zero Waste“ Politik zum Einsatz kommt und im Definitionsteil (siehe Kapitel 2) noch genauer erläutert wird, beschäftigt sich die Theorie der kooperativen Umweltpolitik mit dem Begriff und den Auswirkungen von staatlicher Governance im Bereich der Umweltpolitik. Diese kooperative Umweltpolitik soll als Beispiel einer sich wandelnden Staatlichkeit untersucht werden, wobei die These vertreten wird,

(...) dass Politik auf Basis hierarchischer Steuerungsmechanismen („government“) in komplexen Gesellschaften an ihre Grenzen stößt und zunehmend durch kooperative, verhandlungsbasierte Steuerungsformen („governance“) ersetzt wird, bzw. zur Realisierung verbesserter Konflikt- und Problemlösungen sinnvollerweise zu ergänzen ist. (Wolff, 2006:1)

Dies ist besonders hinsichtlich der „Zero Waste“ Politik des Staates von Relevanz, da bei diesem umweltpolitischen Projekt, das zwar von Regeln in verschiedenen Bereichen, wie der öffentlichen Müllentsorgung, getragen wird, die Regierung auch auf die freiwillige Kooperation (z.B. zum Recyceln), sowie die Expertise aus der Zivilbevölkerung ein wichtiger Faktor ist, um ihre selbst gesetzten Zielvorgaben zu erreichen.

Ein Charakteristikum der kooperativen Umweltpolitik ist die Öffnung und Erweiterung des politischen Prozesses durch die Inklusion von Akteuren, die nicht beim Staat beschäftigt sind (politics-Dimension). Darüber hinaus ist die Erweiterung des klassischen Steuerungsinstrumentariums um optionale Mittel, anreizorientiert oder prozedural, sowie Selbstregulierungsansätze (policy-Dimension), als auch die interstaatliche Kooperation und Verhandlung zwischen staatlichen Akteuren innerhalb politisch-institutioneller Mehrebenensysteme (polity-Dimension) ein Bestandteil dieses theoretischen Ansatzes (vgl. Wolff, 2006:8). Governance geht somit über den Begriff Government hinaus und bezeichnet nicht nur die Steuerung der Politik, sondern auch die Herstellung gesellschaftlicher Norm- und Regelsetzungsprozesse, die außerhalb des politischen Systems die kollektive Handlungsfähigkeit verschiedener Akteure wie Politik oder Zivilgesellschaft herstellen und somit deren Einfluss auf die Politik sichern (vgl. Wolff, 2006:2).

Demnach existieren verschiedene Arten der Zusammenarbeit des Staates mit nichtstaatlichen

Akteuren. Hinsichtlich des ökologischen Kontextes bedeutet nach Kloepfer et al. (1990: 155) der Kooperationsbegriff das Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft beim Schutz der Umwelt und konkret „jede Mitwirkung nichtstaatlicher Träger an umweltrelevanten Entscheidungen, sei es durch Anhörungs- und Beteiligungsrechte, sei es durch eigenverantwortliche Entscheidung“. (ebd.: 157)

Dies spielt auf das erste Charakteristikum der kooperativen Umweltpolitik an, das Einbeziehen gesellschaftlicher Akteure in die Umweltpolitik, welches drei verschiedene Formen annehmen kann: die *Konsultation*, die einen unverbindlichen und informalen Einbezug von Stakeholdergruppen darstellt (z.B. Expertenrat), die *Kooperation*, eine tatsächliche Verhandlung ohne Hierarchien zwischen den zivilen und staatlichen Akteuren und die *Steuerungsdelegation*, die weitreichendste Form der Kooperation, die die Abgabe von realer staatlicher Entscheidungsmacht an die nichtstaatlichen Akteure beinhaltet. Auf diese Weise entstehen neue, differenzierte Verhandlungssysteme bzw. Politiknetzwerke³ mit unterschiedlicher Ausprägung und Intensität (vgl. Wolff, 2006:8). Die Entwicklung dahin, dass gesellschaftliche Akteure verstärkt in die politische Steuerung einbezogen werden, wird von Wolff (2006) begründet mit „der steigenden Abhängigkeit staatlicher Entscheidungen von Stakeholdern in sich funktional ausdifferenzierenden Gesellschaften, in denen Umfang und Komplexität von Staatsfunktionen und Steuerungsfeldern wachsen“. (Wolff, 2006:9) Somit können Kooperationsstrategien wie Konsultation und Kooperation dazu beitragen, die Effektivität der Maßnahmen zu erhöhen, Transaktionskosten und Fehlerquoten des politischen Handelns abzufedern, Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern und politische Kosten, z.B. bei Verteilungskonflikten, zu senken (vgl. Wolff, 2006:9). Vor allem die kooperative und verhandlungsbasierte Zusammenarbeit besitzen ein hohes Konfliktlösungs- und auch Steuerungspotential, da sie „nicht auf die Steuerung von Adressaten [zielen], sondern auf der Selbststeuerung der Beteiligten in einem Verhandlungssystem [beruhen], die wechselseitige Einflussnahme ermöglicht.“ (Benz, 1994: 37)

Das zweite Merkmal der sich verändernden Staatlichkeit, also die Erweiterung der Instrumente staatlicher Steuerung, führt dazu, dass regulative, direkt steuernde Instrumente wie Gebote und Verbote an Bedeutung verlieren, während der Einsatz von indirekten Instrumenten, die mit Anreizen wie Steuern oder Subventionen arbeiten, und prozeduralen

³ „Verhandlungssysteme sind gering formalisierte Koordinationsformen, die sich durch horizontale Kompetenzverteilung und hohe Kommunikationsdichte auszeichnen. Alle TeilnehmerInnen besitzen Vetomacht (*Exit-Option*). Politiknetzwerke sind Verhandlungssysteme, die durch besonders niedrige Zutrittsbarrieren, Informalität, Vertrautheit und eine freundlich-solidarische Orientierung charakterisiert sind“ (Prittwitz 1994:92)

(kontextsteuernden) Instrumenten und „regulierter Selbstregulierung“ wie Produktkennzeichnungen oder staatlichen Leistungsangeboten immer wichtiger wird (vgl. Mayntz, 1995: 163; Scharpf, 1991: 623).

Die dritte Dimension der These kooperativer Staatlichkeit besteht aus der zunehmenden Verflechtung lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Politikebenen, die zu einer „Verschiebung, Verflechtung und Schachtelung von Steuerungskapazitäten und -kompetenzen führt.“ (Wolff, 2006: 10) Diese Kooperation wird über verschiedene Verflechtungsformen auf mehreren Ebenen ausgeführt: Während die horizontale Politikverflechtung die Kooperation von dezentralen Elementen untereinander darstellt (z.B. deutschen Bundesländern), werden in der vertikalen oder hierarchischen Politikverflechtung die Handlungsrestriktionen der dezentralen Einheiten durch eine zentrale Einheit festgelegt (z.B. der Länder durch den Bund). Die Verbundverflechtung ist eine Symbiose der vertikalen und horizontalen Koordination von zentralen und dezentralen Einheiten (z.B. Bund/Länder bzw. EU-Mitgliedsstaaten im Rat/Kommission und Europäisches Parlament) (vgl. Scharpf et al. 1976:18).

Der Ansatz der kooperativen Umweltpolitik ist deshalb besonders interessant für meine Forschungsarbeit, da er die verschiedenen möglichen Kooperationsformen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren und die Entstehung neuer, differenzierter Verhandlungssysteme und Politiknetzwerke im umweltpolitischen Bereich analysiert. Ebenso wird im Text von Wolff (2006:1) auf einen möglichen, durch die Kooperation in Netzwerken induzierten, Wandel des Charakters der Staatlichkeit eingegangen, der im Bereich der Umweltpolitik in der Tat stattfindet bzw. auch notwendig ist, jedoch auch einige Probleme, wie Blockademöglichkeiten und demokratie-theoretische Spannungsfelder verursacht, sowie Nachteile für verschiedene gesellschaftliche Interessensgruppen bringen kann.⁴

3. 3 Diskussion der Kooperativen Umweltpolitik mit Urban Political Ecology

Die Gemeinsamkeit der beiden Theorien der „Kooperativen Umweltpolitik“ und der Theorie der „Urban Political Ecology“ ist, dass sie sich mit dem Thema der staatlichen Einflussnahme im ökologischen und umweltpolitischen Bereich beschäftigen und verschiedene Ebenen der Zusammenarbeit, wie beispielsweise Netzwerke, dafür analysieren.

⁴ siehe auch Ansatz der Environmental Justice, Kapitel 3.1.1

Die Theorie der kooperativen Umweltpolitik legt ihren Fokus auf die verschiedenen Steuerungsformen und die möglichen Arten der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf verschiedenen Ebenen und Formen wie Netzwerken und Systemen. Der Ansatz der „Urban Political Ecology“ dagegen beschäftigt sich stärker mit der Verbindung und den Wechselwirkungen zwischen dem urbanen Raum „Stadt“ und der Natur und bindet darüber hinaus noch eine Kapitalismuskritik in seine Argumentation mit ein. So spiegeln Machtgradienten zwischen sozialen Gruppen die skalaren Möglichkeiten wider, die den Metabolismus der urbanen Umwelten positiv oder negativ beeinflussen. Passend zu dieser kritischen Betrachtung der Auswirkungen der kapitalistischen Kommodifizierung der Natur, welche die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verschleiert, beinhaltet die Theorie einen ergänzenden Ansatz, genannt „Environmental Justice“, der sich gegen die, durch Umweltverschmutzung entstehende, soziale Ungleichheit einsetzt. Die Theorie der „Urban Political Ecology“ versucht folglich die künstlich geschaffene Trennung von Gesellschaft und Natur, also von Stadt und Land, aufzulösen. Der urbane Raum der Stadt ist die Bühne, auf der die Umweltverschmutzung passiert, welche auch die Natur außerhalb des urbanen Raumes beeinflusst. Aus diesem Grund müssen auch hier die Bemühungen einer neuen Umweltpolitik ansetzen. Dieses Bewusstsein ist wichtig für das Engagement der Bevölkerung, um zusammen mit dem Staat eine erfolgreiche „Zero Waste“ Kampagne zu führen.

Während somit bei der Theorie der kooperativen Umweltpolitik eher die möglichen Kooperationsformen analysiert werden, steht bei der Urban Political Ecology die Entstehung dieser Müllprobleme im Vordergrund, also die ökologischen Auswirkungen des Kapitalismus sowie die Komponente der sozialen Ungerechtigkeit und der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die durch die Umweltprobleme verursacht werden. Diese Machtkonstellation spielt wiederum auch eine Rolle im Bereich der „Zero Waste“-Politik, da auch innerhalb von Kooperationsnetzwerken mächtigere Gruppen mehr Einfluss auf die Gestaltung der politischen Umweltpolitik besitzen und stärker profitieren können. Deswegen ist die Aufdeckung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, wie auch die der sozialen Ungleichheit, ein unabdingbarer Bestandteil der „Zero Waste“ Politik.

3.4 Konzeptwandel Müll

Im Laufe der Zeit scheint sich das traditionelle und wissenschaftliche Verständnis von Müll zu verändern - weg von negativ behafteten Konnotationen von Abfall, hin zur Wertschätzung

von Müll als nutzbare Ressource. Dies ist Teil eines Paradigmenwandels, der im Rahmen der umweltpolitischen Diskussionen bezüglich nachhaltigen Gesellschaften stattfindet, jedoch noch kein allgemeiner Status Quo ist. Selbst in den Definitionen offizieller Institutionen wie EU, OECD oder UNEP wird Müll allgemein noch als unerwünschtes Ärgernis beschrieben (vgl. Pongracz&Pohjola, 2004). Diese negative Behaftung von Abfall geht automatisch auch auf jene Personen über, die im Bereich des Müllsektors, wie beispielsweise der Müllentsorgung, beschäftigt sind und von einem großen Teil der Bevölkerung immer noch stigmatisiert werden, da sie „schmutziger Arbeit“ ausführen (vgl. Gutberlet, 2008: 3). Ein Umdenken der Bevölkerung in der Perzeption von Abfall ist ein sehr wichtiger Bestandteil und die Voraussetzung für den richtigen Umgang und die Vermeidung damit. Das Erkennen des Wertes, den Müll besitzt, ist außerdem eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche „Zero Waste“ Politik. Deshalb befassen sich soziologische, ethnographische und anthropologische Studien unter anderem mit der Art der Wahrnehmung des Mülls und Möglichkeiten der Bewusstseinsbildung unter den Konsumenten. Sie wollen verdeutlichen, dass Abfall eine zu schützende und nützliche Ressource darstellt. Darüber hinaus sollen auch Lösungen dafür gefunden werden, wie man soziale Gerechtigkeit in den am stärksten ausgeschlossenen und verarmten Gesellschaftsschichten durchsetzen kann, die ebenfalls am Recyclingprozess beteiligt und doch von der Müllproblematik am stärksten betroffen sind (vgl. Gutberlet, 2008: 3).

Gutberlet (2008) kritisiert in ihrem Buch mit dem Zitat: „Waste is seen as a state of mind rather than a definable entity“ (Gutberlet, 2008:22), die Wertbehaftung des Abfalls, sei es mit negativen oder positiven Konnotationen, die einem an sich neutralem Objekt erst seine Bedeutung geben (vgl. Gutberlet, 2008:22)“. Müll ist also ein kulturell definiertes Konstrukt, das entweder bestimmte kulturelle und soziale Werte eingeschrieben hat (vgl. Gutberlet, 2008:29). Sobald das neutrale Objekt konkret mit dem Wort *Müll* bezeichnet wird, verliert es jeglichen ökonomischen Wert. Somit würden die meisten offiziellen Mülldefinitionen den Nutzen verkennen, der aus der Wiederherstellung der Ressource Müll entsteht. Die Differenzierung der Wahrnehmung und auch Kategorisierung des Abfalls nimmt jedoch in jüngster Zeit stetig zu, da vor allem in den Bereichen Staat und Wirtschaft die Erkenntnis dafür wächst, dass Müll über Recyclingprogramme Profite bringen kann. Dies geht sogar so weit, dass Städte ihre Anteile an recycelbarem Material schützen wollen. Darüber hinaus ist der Wertewandel von Müll als Ressource mit ökonomischem Wert auch an neuen legislativen Beschlüssen, wie beispielsweise an Müllstatistiken erkennbar. In Italien wird der Anteil an

recyclbarem Hausmüll nicht mehr zum gesamten Haushaltsmüll gerechnet (vgl. Gutberlet, 2008: 22), da er als recycelte Ressource oder Energielieferant durch Kompostierung keinen wertlosen Abfall darstellt. Dieser Wertewandel des Mülls führt jedoch auch zu Konflikten innerhalb verschiedener Akteure, beispielweise zwischen der klassischen Müllabfuhr und Entsorgungsfirmen, die den Wert von Abfall erkennen und für sich nutzen wollen. Solche potentiellen Konflikte können aber durch einen neuen Wertbildungsprozess von Müll und dessen Auswirkungen verhindert werden (vgl. Gutberlet, 2008:29).

Mit dem Wertewandel entstehen, wie bereits erwähnt, neue Kategorien und Unterteilungen des Mülls in sogenannte „Müllgeographien“ (siehe Abbildung 2), also verschiedene Konzepte, die sich genauer damit beschäftigen, was Müll eigentlich ist oder sein kann (positiv-negativ Achse), und warum, wie und für wen er relevant ist (dualistisch-relationale Achse). Dieser Ansatz geht über das reine Verständnis von Müll als Ressource weit hinaus. Moore (2012: 781) unterteilt Müll auf vier verschiedenen Quadranten, wobei die horizontale Achse die beiden Pole der Positivität oder Negativität misst, die vertikale Achse die Bandbreite der Konzepte zwischen dualistisch oder relational aufzeigt, also wie stark der Müll von der Gesellschaft getrennt ist. Aufgrund dieser Einteilung ergibt sich eine riesige Bandbreite an verschiedenen Müllkonzepten (vgl. Moore, 2012:781).

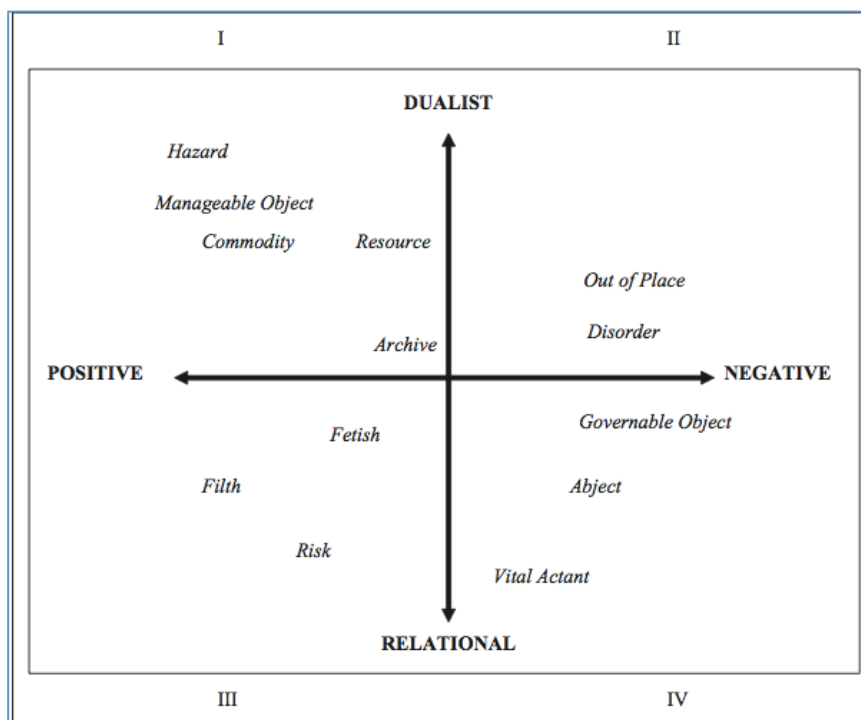


Abb. 2 – Waste schematic. (Moore, 2012: 781)

So werden auf der linken Seite Müllkonzepte aufgeführt, die Müll mit einem spezifischen Wert verbinden. Hier wird Abfall als Ressource, Ware, Bedrohung, organisierbares Objekt, Archiv, Schmutz, Risiko oder Fetisch beschrieben. Rechts werden dagegen Konzepte eingeordnet, die Müll als etwas sehen, das man nicht so leicht kategorisieren kann. Somit kann es ein regierbares Objekt, essenzieller Akteur oder Unordnung sein oder mit einer Eigenschaft wie erbärmlich oder unpassend assoziiert werden. Konzepte unterhalb der horizontalen Achse werden außerdem so aufgefasst, dass sich Müll und Gesellschaft gegenseitig konstituieren, während die Konzepte über der Achse Abfall als eine distinktive Einheit betrachten (vgl. Moore, 2012:782). Ein großer Fortschritt der Reform des Müllmanagements wäre es, das per se neutrale Objekt nicht länger als etwas Negatives anzusehen, sondern als eine Ressource, da dieses Umdenken laut Gutberlet (2008:22) eine Chance zur Effizienzsteigerung des Müllmanagements und seiner ökologischen Verantwortung beinhaltet (vgl. Moore, 2012: 784).

3.5 Zwischenfazit

Durch die Vernetzung der beiden Theorien der kooperativen Umweltpolitik und der Urban Political Ecology ist es möglich, den Aufbau und die Funktionsweise der verschiedenen Kooperationsformen der Netzwerk-Governance herauszuarbeiten. Durch die Urban Political Ecology ist darüber hinaus eine noch detailliertere und tiefergehende Analyse dieser Netzwerkstrukturen möglich, da sie ebenfalls Faktoren wie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und ihre Störung durch soziale Ungerechtigkeiten inkludiert. Um die Bedeutung des Abfalls in dieser Konstellation zu kennen, ist es außerdem wichtig, die Wahrnehmung und die verschiedenen Wertzuschreibungen für Müll zu kennen. Denn eine effektive Kooperation, die zu einer erfolgreichen Umsetzung der „Zero Waste“ Projekte führt, kann nur gelingen, wenn alle beteiligten Akteure, seien es Wirtschaft, Zivilgesellschaft oder Staat, den Abfall nicht als Belastung und Kostenfaktor, sondern seinen Wert als Ressource erkennen. Unter Berücksichtigung und Anwendung dieses theoretischen Rahmens können folglich die „Zero Waste“ Projekte der verschiedenen Städte auf ihre Netzwerk-Governance analysiert werden.

4. Methode

4.1 Qualitative Inhaltsanalyse

Damit ein Vergleich der Netzwerk-Governance verschiedener Länder in Bezug auf ihre „Zero Waste“ Projekte möglich ist, wird das Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse verwendet. Um an qualitativ hochwertige Daten zu gelangen, wird vor allem mit offiziellen Dokumenten wie Zeitschriftenartikeln und wissenschaftlicher Fachliteratur gearbeitet. Das Ziel ist es, damit eine „detaillierte, möglichst unvoreingenommene Betrachtung“ (Patzelt, 2010: 862) der politischen und sozialen Realität über bestimmte „Zero Waste“ Management Policies zu ermöglichen. Laut Mayring (2005: 10) sind die vier wesentlichen Merkmale einer qualitativen Inhaltsanalyse die Einordnung in ein Kommunikationsmodell, Regelgeleitetheit, Arbeiten in Kategorien und Gütekriterien, welche im Folgenden näher beschrieben werden.

Die Einordnung in ein Kommunikationsmodell soll das Ziel der Analyse spezifizieren und klarmachen, welche Aspekte des analysierten Texts relevant sind. Das Merkmal Regelgeleitetheit bezieht sich auf die Gliederung, sowie die schrittweise und strukturierte Bearbeitung des analysierten Materials. Das Arbeiten in Kategorien verlangt vom Forscher eine begründete Konstruktion von Kategorien, die im Laufe des Forschungsprozesses und bei unvorhergesehenen und unerwartet auftretenden relevanten Dimensionen – ein für qualitative Forschungsvorhaben gängiges Phänomen – angepasst werden können. Zuletzt stellen „Gütekriterien“ mittels Reliabilitätsprüfungen sicher, dass das Analyseverfahren intersubjektiv nachvollziehbar ist, also ein vertretbares Maß an Interkodereliabilität erreicht wird (vgl. Mayring, 2005: 10).

Anhand dieser Kriterien wird eine vergleichende Literaturstudie zweier Städte in vorher explizit festgelegten Kategorien vorgenommen, um eine Beurteilung hinsichtlich der „Zero Waste“ Projekte zu ermöglichen. Diese Kategorien sind die Analyse über Art der Durchführung des „Zero Waste“ Projekts und den bisher erreichten Erfolgsgrad in der jeweiligen Stadt, die Identifizierung der Akteursgruppen und deren Interessen und Machtkonstellationen sowie die Bedeutung der verschiedenen Akteursebenen und das Ausmaß und die Art ihrer Kooperation miteinander.

4.2 Akteursanalyse

Das Verfahren der Akteursanalyse bietet vielfältige Möglichkeiten der Untersuchung von verschiedenen Akteurskonstellationen im Kontext der partizipativen Zusammenarbeit (vgl. Schütte & Scheftelowitz, 2010: 2). So sollen relevante, am Konflikt beteiligte Akteure, sowie externe Einflussfaktoren wie Organisationen, Institutionen oder rechtliche Vorgaben, identifiziert und anhand der Darstellung der Handlungsoptionen der Akteure hemmende und fördernde Faktoren für die Umsetzung der „Zero Waste“ Projekte analysiert werden. Diese Konstellation miteinander ringender Akteure- und Kräftekonstellationen wird unter dem Begriff „Hegemonieprojekte“ zusammengefasst, um die Vielfalt der Taktiken, Praktiken und Strategien vereinfachen und analysieren zu können. Damit sollen plausible Aussagen über die verschiedenen Akteurskonstellationen der Konflikte hergestellt werden (vgl. Kannakulam & Georgi, 2012: 38f.) So wäre der erste Schritt die Ausarbeitung der, das Hegemonieprojekt konstituierenden, Faktoren. Dazu zählt, wie die relevanten Akteure auf die historische Situation, also den Kontext des Konflikts, reagieren. Dies wird in Kapitel 5.1 mit der Entwicklung der Umweltproblematik der Städte hin zum Beginn ihres „Zero Waste“ Projekts dargestellt (vgl. Kannakulam & Georgi, 2012: 39).

Der zweite Schritt besteht aus der Identifizierung der relevanten Akteure des Hegemonieprojekts und deren konkreten Zuordnung zum jeweiligen Hegemonieprojekt, sowie eine Begründung für diese Einteilung (vgl. Kannakulam & Georgi, 2012: 39). Rogall (2002: 165) der sich vor allem mit der Akteursanalyse der Neuen Umweltökonomie beschäftigt und sich daher thematisch sehr gut für die Akteursanalyse einer „Zero Waste“ Politik eignet, teilt die Gruppen in direkte und indirekte Akteure der Umweltpolitik ein (siehe Abbildung 3). Zu den direkten Umweltakteuren zählt er beispielsweise Gruppen, die unmittelbar für die Gesetzgebung oder Auslegung zuständig sind, wie das Kabinett oder die Regierung. Indirekte Akteure nehmen dagegen formell oder informell Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren der Umweltpolitik, dazu gehören Behörden und Gremien, Massenmedien, politische Parteien, Umweltverbände, Interessensvertretungen der Wirtschaft oder der Gesellschaft und andere internationale Organisationen.

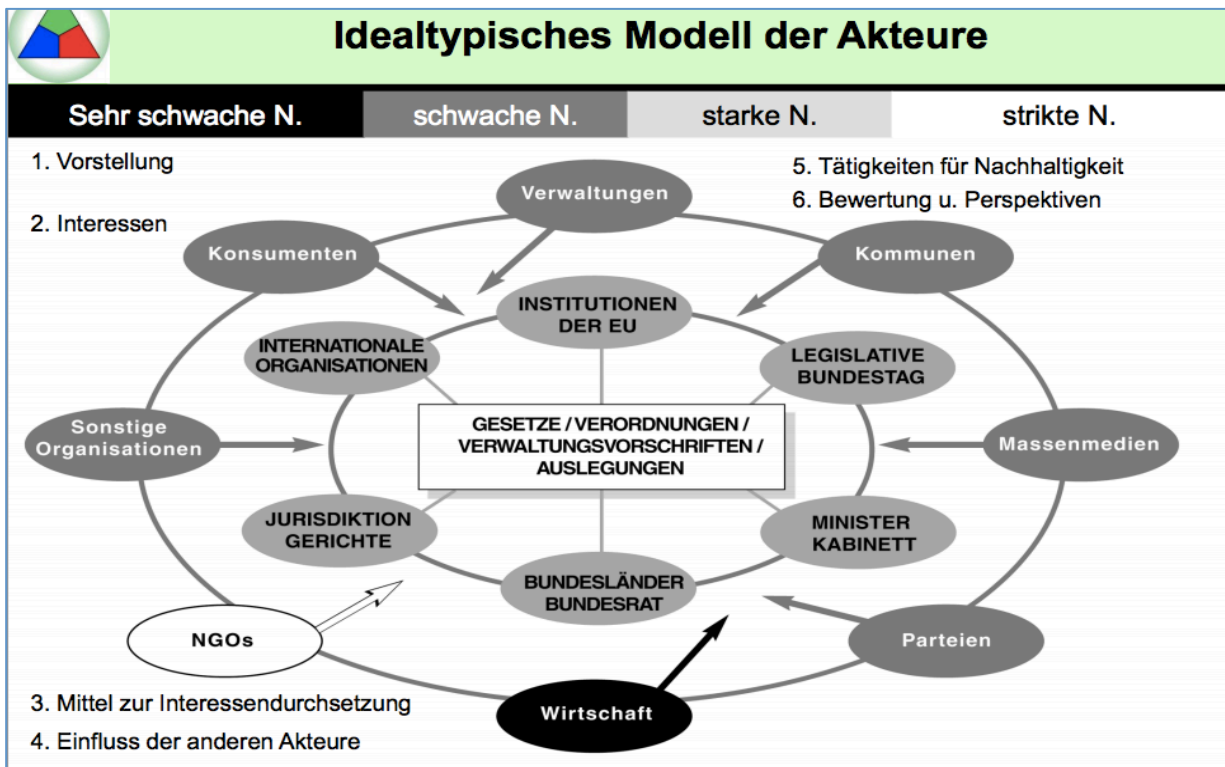


Abb. 3 – Idealtypisches Modell der Akteure (Rogall, 2003:31ff.)

Rogall weist ebenfalls auf die Bedeutung der gegenseitigen Beeinflussungen der unterschiedlichen Akteure, die an der Gestaltung der Umweltpolitik beteiligt sind, hin. „Es existiert keine Akteursgruppe, die die *Macht* hat, ihre Ziele ohne Einfluss andere Akteure durchzusetzen. (...) Viele Akteure (...) beeinflussen und manipulieren andere Akteure, so wie sie gleichzeitig manipuliert werden.“ (Rogall, 2002: 165) In dieser Arbeit werden diese drei Punkte der Hegemonieprojekte noch durch die verschiedenen Interessen der Akteure, also deren Motive erweitert, die sie in ihren Entscheidungen und Handlungen leiten und antreiben. Während bei den wirtschaftlichen Akteuren zumeist die ökonomischen Eckpfeiler des Gewinns und der Marktausweitung das „Zieldreieck“ der Nachhaltigkeit bestimmen und somit oft ökologische Maßnahmen verhindern, stehen bei den politischen Entscheidungsträgern idealistische, aber auch eigennützige Motive, im Vordergrund (vgl. Rogall, 2002: 166).

Nach der Festlegung der zentralen Akteure und deren Interessen bezüglich des Themas der Umweltpolitik, in diesem Fall der „Zero Waste“ Politik, besteht der dritte Schritt der Akteursanalyse aus der Einschätzung der Stellung des jeweiligen Hegemonieprojekts im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis. Dieses wird durch Machtressourcen (finanziell, militärisch, sozial, symbolisch und organisatorisch), der sozialen Basis der Akteure und der

Verankerung ihrer Strategien in die Alltagspraktiken bestimmt. In diese Analyse wird jedoch auch die Benachteiligung oder Bevorzugung bestimmter Akteure und deren Strategien (vgl. Kannakulam&Georgi, 2012:39), „aufgrund struktureller Selektivitäten innerhalb der vorherrschenden apparativen Struktur“ (Kannakulam&Georgi, 2012:39) inkludiert. Nach Rogall (2002: 167) sind diese Machtverhältnissen, das Machtpotenzial der Akteure, ein zentraler Faktor, der über das Scheitern oder den Erfolg der Interessensdurchsetzung bestimmt. Dieses Potential setzt sich bei Rogall aus ihrer wirtschaftlichen Kraft (der Anzahl ihrer Mitglieder), ihrer organisatorischen Stärke sowie ihrer inhaltlichen Kompetenz, also ihrem Know-How, zusammen. Er stellt fest, dass ein überproportionales Mächteungleichgewicht zu Gunsten der Wirtschaft besteht. Gerade politische Akteure werden vom öffentlichen Druck, einem sehr machtvollen Instrument der Zivilgesellschaft, stark beeinflusst. Rogall (2002: 167) ist der Meinung, dass, sobald eine Gruppe es schafft, über einen längeren Zeitraum von Wochen oder Monaten, mit einem Problem in den Medien vertreten zu sein, direkte Akteure wie die Politik zwangsläufig lösungsorientiert handeln müssen.

4.3 Fallauswahl

Um das Thema meiner Masterarbeit mit der von mir gewählten Fragestellung - „*Wie gestaltet sich die Kooperation ziviler und privatwirtschaftlicher Akteure mit der Regierung auf verschiedenen Ebenen und welche Auswirkungen hat diese Zusammenarbeit?*“ - zu erörtern, habe ich mich für die beiden Städte Neapel, Italien und San Francisco, Amerika entschieden. Die italienische Hafenstadt Neapel stellt hier einen Sonderfall dar. Sie zeichnet sich insbesondere durch die Einflüsse illegaler Akteure aus, konkreter formuliert, von der organisierten Kriminalität, die in diesem Bereich von der Mafia ausgeübt wird. Gerade hier lässt sich die Rolle des Staates gut analysieren, da er komplexerweise nicht nur mit der Zivilbevölkerung im Sinne des Umweltschutzes für „Zero Waste“, sondern ebenfalls Mafia kooperiert, die jegliche Bemühungen einer ökologischen Nachhaltigkeit untergräbt.

Das zweite Fallbeispiel ist San Francisco, das eine der ersten Städte ist, die sich der „Zero Waste“ Ideologie verschrieben hat und als Vorreiter dieser Bewegung gilt. Obwohl die Stadt das Zero „Waste Projekt“ offiziell erst seit dem Jahr 2002 durchführt (vgl. SFEnvironment, 2002), engagierte sich der Staat Kalifornien bereits seit 1989 stark für Recycling. Ein Beispiel

für neue Umweltgesetze ist die Einführung des innovativen Müllsystems „Fantastic Three“ im Jahr 1999, das ein großer Erfolg war und weltweit kopiert wird (vgl. Eberlein, 2012). Wegen seiner Vorreiterfunktion und seiner bereits erzielten Erfolge stellt San Francisco ein interessantes Beispiel dar, um die Erfolge, aber auch Probleme dieser speziellen Umweltpolitik herauszuarbeiten und vor allem die Bedeutung der zivilstaatlichen Kooperationen für die Umsetzung zu analysieren.

5. Empirie

5.1 Neapel

5.1.1 Daten und Fakten

Neapel ist mit 959.052 Einwohnern (vgl. ISTAT, 2012) die Hauptstadt der italienischen Region Kampanien und darüber hinaus auch die drittgrößte Stadt Italiens. Neapel liegt direkt am Mittelmeer, es ist deshalb nicht nur ein kommerzielles, industrielles und touristisches Zentrum der Region, sondern wegen seiner Schiffswerften auch ein wichtiger Umschlagplatz für Wirtschaft und Handel. Neapels wichtigste Wirtschafts- und Industriezweige sind hauptsächlich Eisen und Stahl, Petroleum, Textilien, Nahrungsmittel, Chemikalien, Elektronik, Porzellan und Maschinerie. Trotz seiner wirtschaftlichen Bedeutung hat die Hauptstadt Kampaniens jedoch auch mit zahlreichen strukturellen Problemen zu kämpfen, wie Überbevölkerung, hoher Arbeitslosigkeit, niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, Verbrechen und Korruption, sowie großen Einkommensungleichheiten innerhalb der Bevölkerung (vgl. The Columbia Electronic Encyclopedia, 2012). Von 2005 bis circa 2010 erlebte Neapel einen wirtschaftlichen Aufschwung mit sinkender Arbeitslosigkeit (2006: 12,9%) (vgl. Eurostat 2013) und belegte mit einem Bruttosozialprodukt von 43 Milliarden Dollar den 91. Platz auf der Liste der nach Kaufkraft geordneten reichsten Städte, womit Neapel sogar vor Städten wie Budapest oder Zürich lag (vgl. citymayor 2007). Bis zum Jahr 2011 sank die Arbeitslosigkeit der Region Kampanien stetig von 14,9% auf ca. 11-12%, stieg jedoch ab 2009 wieder leicht an und sprang im Jahr 2012 plötzlich auf 19,3 Prozentpunkte (vgl. Eurostat, 2013). Deshalb erschien Neapel im Jahr 2012 nicht einmal mehr auf der Liste der reichsten Städte, doch für 2020 wird von einigen Experten der 105. Platz mit einem wirtschaftlichen Anstieg von 3,2 Prozentpunkten prognostiziert (vgl. The City Mayors Foundation, 2007).

Die Politik der Region Kampanien wird von Präsident Stefano Caldoro aus der konservativen Partei Popolò de la Libertà geführt, während auf kommunaler Ebene der frühere Staatsanwalt und Europaabgeordnete Luigi de Magistris Neapel regiert. Magistris, der sich öffentlich für die Bekämpfung von Korruption in Italien einsetzt, wurde im Mai 2011 mit seinem linksliberalen Anti-Mafia Bündnis „Italia di Valori“ zum Bürgermeister Neapels gewählt (vgl. La Repubblica 2011). Darüber hinaus setzt sich Magistris stark für die Bekämpfung der Müllproblematik ein, vor allem in dem er ein System der Mülltrennung statt Mülldeponien

und Verbrennungsanlagen fördert und für eine ökologische ‚Wiedergeburt‘ seiner Stadt kämpft (vgl. Küpper, 2011).

5.1.2 Entwicklung der Müllproblematik

Im Falle Neapel ist es nötig, noch einen kleinen Überblick über die Entstehung und die Besonderheiten der Müllkrise zu geben, die schließlich ein ausschlaggebender Grund für den Entschluss war, aus Italien eine „Zero Waste“ Stadt zu machen. Bereits seit den 90er Jahren wird in Italien, vor allem in der Region Kampanien, von der Mafia in Zusammenarbeit mit der Industrie ein illegales Müllunternehmen betrieben (vgl. D’Alisa, 2010: 242 nach: Iaculli, 2007). Gerade diese geheime Zusammenarbeit wird von vielen Experten als der entscheidende Grund dafür gesehen, warum das System des illegalen Müllhandels so lange und so gut funktionierte und inzwischen einen wichtigen Teil des „ecomafia“⁵ Geschäfts bildet (vgl. D’Alisa (2010):242 nach: Fontana et al., 2008). Das Ergebnis der korrupten Lokalregierungen und der Mafiaorganisation *Camorra*, ist laut einer kürzlich erschienenen Studie der „Agency for Environmental Protection“, dass sich 43% aller mit Giftmüll kontaminierten Flächen Italiens in Kampanien befinden. Darüber hinaus fand die Agentur, versteckt im Hinterland der Region, noch weitere 1000 illegale Müllhalden voll von toxischen Abfall (vgl. Armiero, 2008: 6).⁶

Obwohl das Geschäft mit dem Müll bereits seit 1989 existiert (vgl. Greyl et. al, 2010: 4) und die Mülldeponien schon 1993 ihre maximale Aufnahmekapazität erreicht hätten, wurde die brisante Situation von der Regierung lange Zeit verschwiegen. Im Jahr 2008 kam es durch den Streik der Müllabfuhr schließlich zur Eskalation des Konflikts und zur Offenlegung der tatsächlichen Ausmaße des Müllskandals, bei dem im Januar 2008 bis zu 110.000 Tonnen Müll einen Monat lang in den Straßen Neapels lagerten (vgl. Andreani, 2008). Als Reaktion auf diese Missstände organisierte sich die Bevölkerung Neapels und der Region Kampanien zum Protest. Neben kollektiven Aktionen wie friedlichen Demonstrationen gegen die Errichtung neuer illegaler Mülldeponien, rechtlichen Anfechtungen der Umweltgesetze und

⁵ Dieser Name wird in Italien für illegale Organisationen verwendet, die wirtschaftliche Aktivitäten in den Wirtschaftssektoren Abfallentsorgung oder anderer umweltbezogener Bereiche betreiben.

⁶ Die, durch Müllverbrennung entstehenden, Giftwolken im Norden Italiens und der angrenzenden Region Caserta, die Neapel zu seinem Spitznamen „Land des Feuers“ verholfen haben, verursachen wegen der landwirtschaftlichen Nutzung der verseuchten Böden und der hohen Dioxinbelastung in der Luft auch gesundheitliche Probleme in der Bevölkerung (vgl. ORF Online, 2014). Dies ist an der ansteigenden Sterberate des Leberkrebs auf 38,4 Prozent im Vergleich zum nationalen Durchschnitt von 14 Prozent zu erkennen (vgl. Bullard 2001: 3-4).

Petitionen an das EU-Parlament bildeten sich parallel dazu stetig mehr Bürgerorganisationen, Proteste und gewaltsame urbane Guerillademonstrationen. Diese Mobilisierung führte schließlich zu einer neuen Art des kollektiven Umweltbewusstseins, welches von drei verschiedenen Gruppen repräsentiert wird: den lokalen Aktivisten, den Intellektuellen und den anti-globalen Studenten der Centri Sociali, die sich in ihrer Form des Protests, als auch in ihrer Auffassung von ökologischer Ungleichheit stark voneinander unterscheiden, jedoch das gleiche Ziel verfolgen (vgl. Armiero, 2008: 65).

Seit dem Müllskandal kommt es in Kampanien immer wieder zu Protesten gegen die Verseuchung der Region mit Abfall aus Norditalien, der zum Teil von der Mafia heimlich unter landwirtschaftlichen Nutzflächen vergraben wird. Die Umweltschutzorganisation *Legambiente* schätzt, dass seit 1990 auf diese Weise bereits circa 10 Millionen Tonnen Sondermüll, was 400.000 voll beladenen Lastern entspricht, illegal unter der Erde entsorgt wurden (vgl. Braun, 2013). Laut der Prognose einer geologischen Studie sollen die Gifte aber erst in 50 Jahren ihre volle Wirkung entfalten und dadurch ganze Landstriche in Kampanien unbewohnbar machen (vgl. Mayr, 2014: 95). Der Widerstand der Zivilbevölkerung wird angesichts solcher Veröffentlichungen stetig stärker, im November 2013 demonstrierten 70.000 Einwohner gegen diesen ‚Biomord‘ durch die Chemikalien und die giftigen Abfälle im Boden und in der Luft, die allgemein als Verursacher der auffällig ansteigenden Krebserkrankungen der Region gehalten werden (vgl. Braun, 2013). Jedoch ist von Seiten der Regierung keine entschlossene Handlungsbereitschaft als Reaktion auf diese Missstände und den Unwillen der Bevölkerung bemerkbar.

Wie in der Abbildung 4 von Greyl et. al (2010) erkennbar, beeinflussen sich all diese bereits erwähnten, unterschiedlichen Faktoren gegenseitig und treiben den Wandel der Umweltpolitik und die „Zero Waste“ Strategie in Neapel voran. Somit gibt es Treiber wie den demographischen Wandel, das erhöhte Umweltbewusstsein der Bevölkerung als auch einen wirtschaftlichen und industriellen Strukturwandel. All diese Faktoren – zusätzlich zu der Verschmutzung der Landschaft und der Luft – üben Druck auf die Regierung aus. Man hofft, dass die Regierung darauf reagiert, in dem sie zum Beispiel mehr Abfallbehandlungsanlagen baut. All diese verschiedenen Faktoren provozieren soziale Unruhen, landschaftliche Fragmentierung und gesundheitliche und ökologische Schäden, die schließlich zu Handlungen wie Demonstrationen, Müllnotstandsgesetzen und anderen rechtlichen Beschlüssen verschiedener Gremien führen. Diese Aktionen verändern dann aber wiederum den

gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kontext und der Kreislauf beginnt von vorne - jedoch mit unterschiedlichen Auswirkungen.

DPSIR (Drivers, Pressure, State, Impact, Response framework)

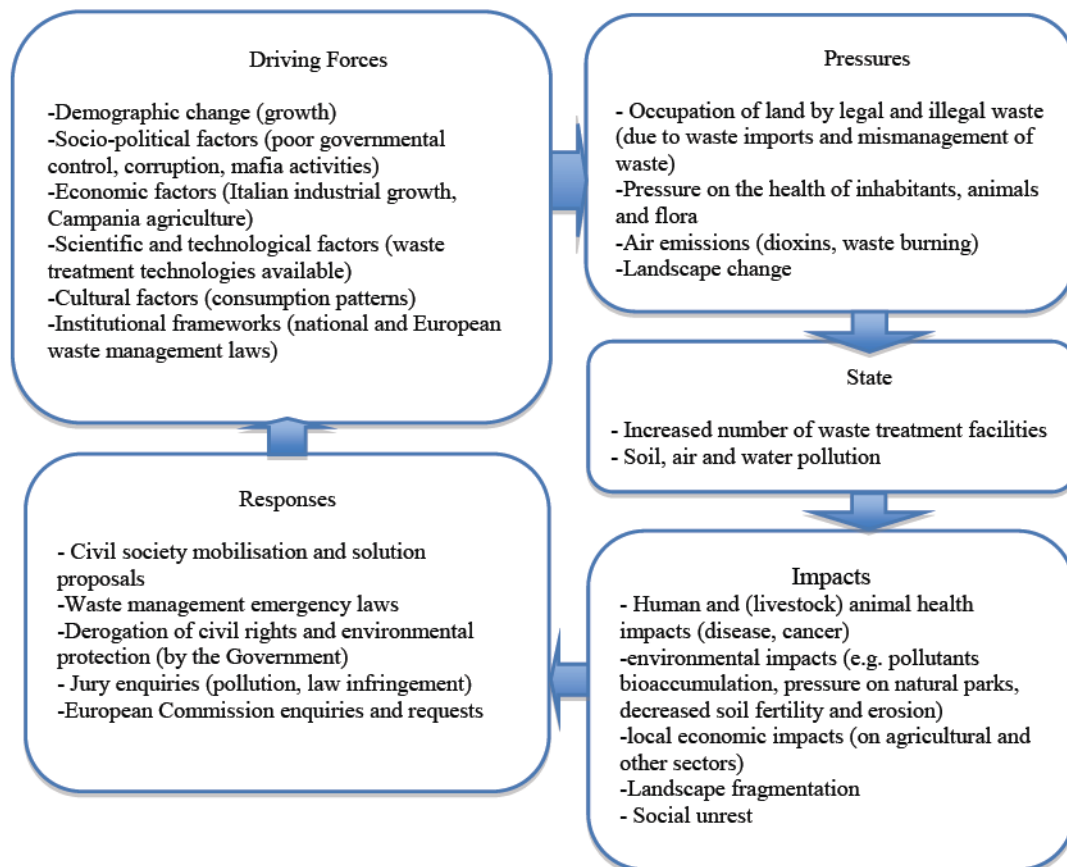


Abb. 4 – DPSIR (Geyl et. al, 2010: 23)

5.1.3 „Zero Waste“ Projekt in Neapel

Nach Geyl (2010:19) ist die Müllkrise Kampaniens ein Beispiel für ein „Postnormales Problem“ der Wissenschaft, in dem Fakten unklar, aber Werte in Debatten und Entscheidungen dringend benötigt werden (vgl. D’Alisa nach: Geyl et al., 2010:19). Deshalb ist Geyl auch der Meinung, dass ein rein technokratischer Zugang zur Lösung dieses Problems nicht ausreicht, da die Krise äußerst komplex ist und eine Vielzahl an Akteuren und Einflussfaktoren umfasst. Dazu gehören Landschafts- und Landnutzungswerte, „Environmental Justice“ - Ansprüche, lokale Werte und Interessen, sowie Gemeinderechte

der Partizipation in Entscheidungsprozessen über bestimmte Themen. Zur Lösung des Konfliktes muss die Zivilbevölkerung mit einbezogen werden, denn das lokale Wissen und die Kompetenzen der lokalen Gesellschaft sind wichtige Faktoren für die Lösung der akuten Müllkrise (vgl. Greyl et al., 2010:19).

Seit dem Jahr 1994 findet jedoch in diesem Sinne langsam ein Umdenken der Regierung statt, da sich die Politik angesichts der katastrophalen Überflutung der Region mit Müll und der steigenden Empörung der Bevölkerung dazu gezwungen sieht, zu handeln. So wurde bereits 1994 der Präfekt Neapels zum ersten „Waste Commissioner“ bestimmt, der für die alltägliche Müllsammlung und -entsorgung verantwortlich war, während der Regionalrat mit der Entwicklung eines Müllmanagementplans beauftragt wurde. Nach zwei Jahren des Stillstands wurde schließlich ein neuer „Waste Commissioner“ benannt, diesmal der Präsident des Regionalrates, der im Juli 1997 mit einem regionalen Abfallplan einen Erfolg vorweisen konnte, der die Maximalgrenze der Mülldeponien für das Jahr 1999 vorhersagte (vgl. D’Alisa et al, 2010: 242). Vor allem mit dem Sieg des neuen Bürgermeisters Luigi De Magistris im Jahr 2011 stellte ein wichtiges Ereignis zur Lösung des Problems dar. Dieser unterzeichnete im selben Jahr das Zero Waste-Abkommen mit dem ehrgeizigen Ziel, 2020 die größte Stadt Europas zu sein, die keinen Müll mehr produziert (vgl. ARTE, 2013). Gemäß der offiziellen Vorgaben der „Zero Waste International Alliance“ stützt sich die vorgeschlagene Müllmanagement-Strategie der „Kampanien Zero Waste Bewegung“ auf zwei Säulen: die allgemeine präventive Verringerung der Müllproduktion und die Einführung einer Tür-zu-Tür Abfallsammlung mit fachgerechter Mülltrennung und als zweites die Umwandlung von bestehenden Abfallbehandlungsanlagen, seien es Kompostierungs- oder RDF-Einrichtungen, in Recyclingzentren mit den neuesten Technologien. Die tatsächliche Umsetzung dieser Ziele würde in den Kreislauf der Müllproduktion eingreifen, den Bedarf für Verbrennungsanlagen zunichte machen, somit allgemein weniger Müll produzieren und gleichzeitig die Menge an recyceltem Abfall erhöhen (vgl. Greyl, 2010: 19).

5.1.4 Akteure und Interessen

Anhand der Graphik von D’Alisa (2010: 247) lässt sich sehr gut erkennen, welche Kräfte im Umweltkonflikt Neapels eine Rolle spielen. So gibt es politische, ökonomische, soziale und ökologische Ebenen, auf welchen die Regierung und die Zivilbevölkerung aktiv sind. Da die

Politik vor allem auf ihre öffentliche Reputation bedacht ist, will sie nach außen hin Einigkeit und Macht demonstrieren und ein gutes Image in der Bevölkerung bewahren. Dafür benötigt sie saubere Straßen und eine funktionierende Infrastruktur, doch das Problem ist, dass die Müllentsorgung gleichzeitig ökonomisch rentabel sein muss. Die sozialen Bewegungen kämpfen vor allem gegen diese aktuelle Linie der Politik an, sie fordern mehr politische Transparenz, sowie mehr Beteiligung an den Entscheidungsprozessen und sie sorgen sich um die Gesundheit der Bevölkerung, als auch um ökonomische Belange wie mögliche finanzielle Einbußen in Landwirtschaft und Tourismus durch die Umweltverschmutzung. Die Privatwirtschaft, also Firmen und Industrien, interessiert sich offensichtlich nur für die politische und die ökonomische Ebene, das heißt sie bemüht sich um politische Regelungen zu ihrem Gunsten, um einen möglichst großen finanziellen Profit zu erwirtschaften. Dagegen intervenieren die kriminellen Organisationen der Mafia neben der politischen Bühne auch auf sozialer Ebene, da sie vor allem an der Kontrolle über ein Territorium zum Zweck des Machterhalts und der Lagerung von „ecoballe“⁷ und natürlich des maximalen Profits interessiert sind (vgl. D’Alisa, 2010: 247, Abb.5).

Dimension	Actors			
	Government	Social movement and local committees	Industrial organizations	Criminal organizations
Political	National Government's wish to maintain its political stronghold in the region Appearance of political unity	Increased transparency in decision-making by local, regional and national authorities	To continue "business as usual"	To continue "business as usual"
Economic	Efficient waste disposal	Protection of agricultural livelihoods Negative effects on trade and tourism in the region	Maximizing Profit Governmental 's subsidies for incineration Subcontracting Transport operation	Maximizing profit Renting land to store the ecoballe Transport operation
Social	International reputation Public order	Participatory processes		To control over the territory To guarantee some job to their people
Environmental	"Clean streets"	Safeguarding of public health including quality of food protection and remediation of land Looking for best practices of disposal methods and facilities No incineration No mega-landfill		

Source: own elaboration.

Abb. 5 – Akteure und deren Interessen (D’Alisa, 2010: 247)

Die genauen Interessens- und Machtkonstellationen, die in Abb.5 als Übersicht dargestellt sind, werden in den folgenden Abschnitten detaillierter behandelt.

⁷ Als „Ecoballe“ werden brennbare Abfallblöcke bezeichnet, die als Brennstoff für Verbrennungsanlagen verwendet werden.

5.1.4.1 Regierung

Lange Zeit bildeten Regierung und Medien eine geschlossene Front in ihrer Absicht, die Bevölkerung von der Harmlosigkeit des Umweltproblems zu überzeugen und zu demonstrieren, dass bereits an einer Lösung gearbeitet wurde. So wurden Fälle von Machtmissbrauch seitens der Regierung als Notfallmaßnahmen dargestellt und auch die sich häufenden, illegalen Methoden des Müllmanagements wurden bewusst verschwiegen (vgl. Greyl et al., 2010: 26). Seit der Wahl des neuen Bürgermeisters Luigi de Magistris im Jahr 2011, einem Außenseiter ohne politische Erfahrung, der unabhängig von politischen oder wirtschaftlichen Unterstützern seinen Wahlkampf bestritt, wird von der Regierung jedoch ein starker Fokus auf die Umweltpolitik Neapels gelegt. Dies geschieht mit dem Ziel, die horrende Müllproblematik in Kampanien, von der vor allem Neapel und das Umfeld stark betroffen sind, in den Griff zu bekommen und das Müllmanagement von der Mafia zu befreien. Unterstützt wird die Regierung dabei vom „Zero Waste Papst“, Paul Connett, einem amerikanischen Professor der Chemie und Experten im Bereich der Müllentsorgung, der leidenschaftlich gegen Deponien und Verbrennungsanlagen kämpft. Connett und Magistris unterschrieben gemeinsam das „Zero Waste“ Protokoll, was großen Anklang in der Bevölkerung fand und durch die Neugründung vieler lokaler Umweltgruppen die zivile Partizipation anregte (vgl. ARTE, 2013).

Das ehrgeizige Ziel, 2020 die größte „Zero Waste Stadt“ Europas zu werden steht somit in extremen Gegensatz zur Realität der Umweltproblematik. Konkrete politische Maßnahmen sind jedoch umstritten, die Aktion des Bürgermeisters De Magistris, einen großen Teil des Mülls zur Verwertung mit Schiffen in die Niederlande zu senden, stieß zudem auf starke Kritik seitens der lokalen Umweltinitiativen (vgl. ARTE, 2013). Rechtliche Maßnahmen der Regierung scheinen hier effektiver zu sein, wie nationale Beschlüsse zur Erreichung des „Zero Waste“ Ziels, zum Beispiel ein Dekret der Regierung aus Rom, welches im Dezember 2013 verabschiedet wurde. Dieses neue Gesetz bestraft das Verbrennen von normalem Müll mit fünf Jahren Haftstrafe, Giftmüllverbrennung wird mit bis zu sechs Jahren geahndet und Fahrzeuge zur illegalen Müllentsorgung können beschlagnahmt werden. Darüber hinaus sind Investitionen im Wert von drei Milliarden Euro zur Sanierung des verseuchten Gebiets in Kampanien vorgesehen (vgl. ORF ONLINE, 2014).

Committee for the Waste Emergency in Campania

Das „Committee for the Waste Emergency in Campania“, auch *Cgrcampania* genannt, ist eine staatliche Institution, die von der Regierung geschaffen wurde um die Müllproblematik Kampaniens zu bekämpfen. Der Vorstand wird von der Regierung gewählt, doch er verwaltet sein eigenes Budget und bewahrt sich somit größtenteils politische Unabhängigkeit. Nichtsdestotrotz muss die Einführung dieses Komitees als ein gescheitertes Projekt bewertet werden, denn selbst zehn Jahre nach seiner Gründung produzierte die Region Kampanien immer noch fünf Millionen Ballen Müll (Stand 2008), die nicht wie geplant für Energieerzeugung verwendet, sondern nutzlos gelagert wurden. Nach Armiero (2008: 64) verschwendete das „Committee for the Waste Emergency in Campania“ somit bereits insgesamt 1,5 Milliarden Euro an staatlichen Geldern ohne einen nennenswerten Erfolg vorweisen zu können.

5.1.4.2 Wirtschaft

Viele wirtschaftliche Akteure profitieren vom Geschäft mit dem Müll und darüber hinaus kooperieren einige darüber hinaus sogar mit der lokalen Mafia. Ein Beispiel dafür ist FIBE, ein Konsortium deutscher und italienischer Firmen⁸, das 1998 in einem umstrittenen Wettbewerb den staatlichen Zuschlag für den Bau und das Management mehrerer Abfallbehandlungsanlagen in Kampanien gewann, welches unter anderem auch zwei Müllverbrennungsanlagen und sieben Anlagen zur Umwandlung von Abfällen zu Brennstoff wie beispielsweise „ecoballe“ beinhaltete (vgl. Rabitti, 2008, zitiert nach: D’Alisa et al., 2010: 242). Später wurde bekannt, dass einige versteckte Abmachungen im Vertrag festgelegt worden waren, wie die „deliver or pay“ Klausel, welche die Gemeinden zu einer bestimmten Menge an Mülllieferungen verpflichtete und somit jeglichen Initiativen zum Recycling komplett entgegen liefen. Dies war vom Generalmanager der ABI (Association of Italian Banks) als Bedingung einer Zusage der FIBE mit der Regierung ausgehandelt worden. Darüber hinaus stellte sich im Nachhinein heraus, dass FIBE ohne vorherige Erlaubnis oder Konsultation mit den Behörden oder einer gesetzlich vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA) den Standort dieser Einrichtungen bestimmen konnte (vgl. Rabitti, 2008, zitiert nach: D’Alisa et al., 2010: 244). „In other words, the local

⁸ Der Name FIBE setzt sich aus den Anfangsbuchstaben der Firmen zusammen: Impregilo und Fisia, Babcock Anlagen, Babcock Kommunal und Evo Oberhausen

government and the FIBE Corporation have chosen to build incinerators and dumps in areas already heavily contaminated by illegal toxics disposal“ (Armiero 2008: 65) Trotz all dieser Vorbehalte stieg die Zahl der produzierten „ecoballe“, die keine effizienten Recyclingmöglichkeiten boten, stetig an und durch die wirtschaftliche Kooperation mit der Mafia, von der die FIBE Land für die Aufbewahrung kaufte oder mietete, kam die Firma in starke finanzielle Schwierigkeiten. Diese Situation stellte zunehmend die gesamte Legitimität und Konsistenz ihres Müllmanagementsystems in Frage. Nichtsdestotrotz durfte die Firma ihre Müllverbrennungsanlage noch fertig bauen (Rabitti, 2008, zitiert nach: D’Alisa et al., 2010: 246).

Kleine wirtschaftliche Betriebe, vor allem in der Landwirtschaft, sind stark von der Müllproblematik betroffen, da ihre produzierten Nahrungsmittel durch das Vergraben von giftigem Müll im Boden zunehmend verseucht werden und ihr Vieh durch die Gifte stirbt. Das ganze Nahrungsmittelsystem Italiens wird durch die Müllverschmutzung bedroht, vor allem da Kampanien, das besonderes stark von der illegalen Abfallentsorgung betroffen ist, eines der Hauptanbaugebiete für Agrarprodukte, wie auch für Viehzucht darstellt (vgl. Greyl et al., 2010:16).

The waste policies of Campania are seen as creating a Culture of Death that is leading to the disappearance of rural cultural and traditional food production, involving not only important economic externalities but also inflicting a cultural loss. (Greyl et al., 2010:16)

Wie am Zitat von Greyl (2010:16) zu erkennen ist, hat die Müllproblematik Kampaniens weitreichende und schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft.

5.1.4.3 Zivilgesellschaftliche Akteure

Die zivile Bevölkerung spielt vor allem in Neapel eine große Rolle im Müllkonflikt und der Durchsetzung der „Zero Waste“ Ziele, beispielsweise in dem sie durch Demonstrationen, der Mobilisierung in NGOs oder in Eigeninitiative in informalen Gruppierungen für Umweltziele kämpfen. Laut D’Alisa et al. (2010: 246) kam es zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren Neapels, wie lokalen Komitees, zivilen und religiösen Vereinigungen, Intellektuellengruppen und NGOs zu einer stärkeren Vernetzung, die sich zu einer formelleren Struktur mit einer

offiziellen Delegation und einem wissenschaftlichen Komitee (The Regional Waste Coordination Committee of Campania) weiterentwickelte. Im Folgenden werden einige für die „Zero Waste“ Politik relevante Akteure aus dem zivilgesellschaftlichen Kontext vorgestellt.

Legambiente

Eine der bekanntesten Nichtregierungsorganisationen der Region Kampaniens ist die seit 1980 tätige Umweltschutzorganisation *Legambiente* (League for the Environment), die sich aus den ersten Anfängen von Umweltschützern und Atomgegnern in den 70er Jahren entwickelt hat. Die Organisation verfügt neben ihrem Hauptbüro in Rom mit 50 hauptberuflich angestellten Umweltschutzexperten auch über eine breite Basis mit 20 regionalen Büros in ganz Italien und allgemein über 115.000 Mitgliedern (vgl. Legambiente Online, 2003a). Darüber hinaus repräsentiert sie in Italien das Nationalkomitee der UNEP (United Nations Environment Programme), ist eine der führenden Mitglieder der EEB (European Environmental Bureau) und der IUCN (International Union of Conservation of Nature) und ist weltweit mit internationalen NGOs vernetzt. Neben der Veröffentlichung ökologischer Wissenschaftsstudien, verschiedenster Umweltkampagnen und sozioökologischer Entwicklungshilfe, setzt sich Legambiente auch für die Umweltbildung in der Bevölkerung ein und besitzt eine eigene Rechtsabteilung (ECMA) (vgl. Legambiente Online, 2003b). Seit 1989 setzt sie sich auch für die Bekämpfung der illegalen Müllentsorgung in der italienischen Provinz Kampanien ein (vgl. Tortora, 1989: 249).

The „Campania Zero Waste Movement“

Diese „Zero Waste“ Bewegung besteht aus zwei Netzwerken, dem „Health and Environment Campania Network“ (Rete Campania Salute Ambiente) und der „Regional Campania Waste Coordination“ (Coordinamento Regionale Rifiuti della Campania), die zusammen für die Durchsetzung eines neuen Müllentsorgungsplans kämpfen. Dieser soll neue demokratischere Elemente beinhalten, wie beispielsweise die Partizipation von Bürgern und NGOs oder Mehrheitsbeschlüssen. Die Bewegung spricht sich dagegen eindeutig gegen den Bau oder die Benutzung von Mülldeponien und Verbrennungsanlagen aus. Die Netzwerk-Bewegung setzt sich aus verschiedenen wissenschaftlichen Komitees und thematischen Gruppen zusammen, die in Versammlungen über Vorschläge für das Müllmanagement debattieren und gemeinsam nach Alternativen suchen. Ihre Maßnahmen zur Zielerreichung bestehen aus der Organisation von (inter)nationalen und regionalen Treffen und Konferenzen, aber auch aus

Demonstrationen und Veranstaltungen mit dem Zweck, die öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen (vgl. Greyl et al., 2010: 17). Es gibt jedoch auch Spannungen innerhalb dieses Netzwerks. So will beispielsweise das „Campania Network for Environment and Health“ die Zusammenarbeit mit der „The Regional Waste Coordination Committee of Campania“ auflösen, da es dessen formaler Organisation nicht zustimmt, jedoch bleiben die beiden Organisationen trotzdem in der gleichen Zero Waste-Plattform, da sie dasselbe Ziel verbindet (vgl. D’Alisa et al., 2010: 246).

Während der Müllkrise zeigten die Mitglieder des „Campania Zero Waste Movement“ die Fähigkeit der zivilen Bevölkerung, Expertise zu assimilieren und Wissen zu generieren, denn durch die Einbindung ihres aktivistischen Wissens und der Anwendung der „popular epidemiology“⁹, entwickelten sich die Bürger Kampaniens zu Spezialisten in Themen wie Gesundheit, Land- und Umweltverschmutzung, Müllbehandlungs- und Aufbereitungsanlagen und der Akkumulation von spezifischem Fachwissen, zum Beispiel über Dioxine oder Verbrennungsanlagen. Diese Entwicklung und Mobilisierung der zivilen Bevölkerung war nötig, um konstruktive Alternativen zur bereits bestehenden Müllpolitik zu formulieren und so die „Zero Waste“ Kampagne und ihre Ziele voranzutreiben. Die Wissensgenerierung und Bewusstseinsbildung war vor allem auch für die kritische Konfrontation mit der Regierung in diesem Bereich wichtig. Stark kritisiert wurde hierbei zum Beispiel die Praxis der Regierung, den Müllnotstand zur Unterstützung bestimmter finanzieller und privater Interessen mit öffentlichen Geldern zu nutzen. Hierbei wurden vor allem komplexe Verbindungen zwischen politischen Akteuren und der Wirtschaft, sowie der Mafia aufgedeckt, die jedoch von den Medien weitestgehend ignoriert oder sogar verheimlicht wurden. An dieser Stelle kritisiert Greyl (2010:19) stark die repressiven Maßnahmen des Staates und die Rolle der Massenmedien in Italien, die nicht objektiv arbeiten und somit die öffentliche Meinung manipulieren, weshalb die Bevölkerung nicht über die wahren Zustände informiert ist. So wurde das „Campania Zero Waste Movement“ bereits durch Maßnahmen wie der angeblichen Militarisierung von Mülldeponien und Protesten und der Durchsetzung neuer Rechte zur Anstiftung des Widerstandes von Organisatoren oder Demonstranten, vom Staat kriminalisiert (vgl. Greyl et al. 2010:19).

⁹ „Popular epidemiology is defined as the process by which laypersons gather statistics and other information and also direct and marshal the knowledge and resources of experts in order to understand the epidemiology of disease.“ (Brown, 2008: 78)

CleaNap

Neben ökologischen Organisationen engagieren sich in Neapel auch viele Einzelpersonen und Bürgervereinigungen zur Bekämpfung der Müllproblematik und für den Umweltschutz der Region. Ein Beispiel dafür ist CleanNap, einer Wortschöpfung von CLEAN UP und NEAPEL, die im Juni 2011 von einer jungen Studentin namens Emiliana Melone, aus Frust über die Unmengen an Müll in den Straßen Neapels, gegründet wurde. Inzwischen ist diese Bewegung zu einer Guerilla-Bürgerinitiative herangewachsen, die sich dem Ziel verpflichtet hat, Neapel aufzuräumen, Graffitis zu beseitigen, den gesammelten Müll zu recyceln und den öffentlichen Raum beispielsweise mit Guerilla-Gardening zu verschönern (vgl. CleanNap 2011). Eines ihrer Parade-Projekte ist die „piazza pulita“, in dem sich freiwillige Bürger treffen um die Dorfplätze zu reinigen und zu verschönern. Die junge Aktivistin Melone ist sich darüber im Klaren, dass das akute Abfallproblem der Stadt auf diese Weise zwar nicht gelöst werden kann (vgl. Merli, 2011), sagt aber:

Wir können die Einwohner sensibilisieren, was Trennung und Recycling betrifft und sie ermuntern, ihren Müll nicht überall liegen zu lassen. Wir möchten aber auch Alternativen aufzeigen, die dazu führen sollen, einen anderen Lebensstil zu pflegen und somit auch weniger Abfälle zu produzieren. (Merli, 2011)

Hier ist die Erkenntnis der italienischen Zivilbevölkerung ersichtlich, dass auch jeder Einzelne zum übergreifenden Ziel des „Zero Waste“ Projekts beitragen muss und kleine Aktionen, vom einzelnen Bürger initiiert, ebenfalls von Bedeutung sind.

Campagna Legge rifuti zero

Dieses nationale „Zero Waste“ Organisationskomitee für die Gesetze der „Zero Waste“ Initiative, im Jahr 2012 gegründet, ist nur eine von circa 250 Organisationen in 18 verschiedenen italienischen Regionen und wichtigen Verknüpfungen mit Netzwerken wie „Zero Waste Italien“, ANPAS (National Association of Public Assistance) und ATTAC (association pour l'attribution des transactions financières et pour l'action citoyenne) (vgl. Legge Rifuti Zero, 2013b). Eine ihrer zentralen Kampagnen bestand aus der Sammlung der erforderlichen 80.000 Unterschriften für eine landesweite Volksinitiative in Italien im Oktober 2013, die sich für „Zero-Waste“ in Kampanien einsetzte (vgl. Legge Rifuti Zero, 2013a). Diese Volksinitiative bestand unter anderem auf einer Änderung des nationalen Rechts, wie beispielsweise die Änderung des Konzern-Gesetzes Nr. 152/2006 zur Bewirtschaftung des Abfalls. Die Abwandlung bestimmter Gesetze ist notwendig, um ihr Ziel

zu erreichen, alle Mülldeponien und Verbrennungsanlagen bis zum Jahr 2020 zu schließen und somit die „Zero Waste“ Ziele zu erreichen (vgl. Legge Rifuti Zero, 2013b).

5.1.4.4 Organisierte Kriminalität

Die Mafia, in Neapel das *Camorra-Kartell*, bestimmt seit den 90er Jahren das Geschäft mit dem Müll in der Region Kampanien und häufte mit der Entsorgung von Giftmüll für zehn Cent pro Kilo ein Vermögen an. Im Vergleich dazu kostete die Beseitigung von toxischem Müll auf dem legalen Markt zwischen 20 bis 60 Cent pro Kilo (vgl. Armiero, 2008:64). Laut der führenden Umweltorganisation Italiens „Legambiente“, betrug der Profit aus ökologischen Straftaten in Italien bereits an die 23 Milliarden Dollar (vgl. Fontana 2007:13). Sogar der Präsident Neapels, Luigi de Magistris gibt die Korruption der Politik in einer Plenardebatte im Europäischen Parlament öffentlich zu: „In den 13 Jahren der Umweltkrise haben öffentliche Mittel in Kampanien die kriminellen Verbindungen zwischen Politikern, sowohl der Linken als auch der Rechten, Geschäftsleuten und der Camorra gestärkt.“ (Europäisches Parlament, 2011)

Während also die Mafia die Landschaft Kampaniens vor den Augen der Öffentlichkeit mit Abfall und Giftmüll füllte, war die Politik bereits zum Großteil von der Mafia korrumpiert und machtlos diese Verbrechen zu unterbinden oder ein ordentliches Müllentsorgungssystem aufzubauen (vgl. Armiero, 2008:64). Roberto Saviano, ein italienischer Schriftsteller, der wegen seiner investigativen Recherchen und kritischen Kommentare über die Mafia unter Polizeischutz im Ausland leben muss, kommentierte die Müllproblematik Neapels wie folgt:

Die Mülltrennung funktioniert nicht etwa deswegen nicht, weil die Neapolitaner sie nicht beherrschten oder nicht wollten. Sie funktioniert nicht, weil das Geschäft mit dem Abfall blüht, solange er nicht getrennt wird. Mülltrennung bedeutet weniger Abfall, und weniger Abfall bedeutet weniger Verdienst für die Müllwirtschaft, die mit dem organisierten Verbrechen verfilzt ist. So absurd es klingt: In Neapel ist Mülltrennung eine Aktion gegen die Mafia. Bisher hat sich noch keine Stadtverwaltung getraut, das wirklich durchzusetzen. (Küpper, 2011)

Ein weiteres lukratives Geschäft für die organisierte Kriminalität, die sich auf Grund eines fehlenden effektiven Recyclings entwickelte, war der Ankauf und das Vermieten von Land an FIBE (Konsortium deutscher und italienischer Unternehmen), für die Aufbewahrung von sogenannten „Ecoballe“. Das sind brennbaren Abfallblöcken, die als Brennstoff für Verbrennungsanlagen genutzt werden (Rabitti, 2008 zitiert nach: D’Alisa, 2010: 245).

5.1.4 Kooperation der Schlüsselakteure

Nach vielen Jahren, in denen Neapel akute Müllprobleme hatte, die teils durch die Vernetzung der Camorra im Müllgeschäft und der korrupten Netze zwischen Mafia, Politik und Wirtschaft verschuldet waren, beginnt sich in Italien immer mehr Widerstand zu regen. Es lässt sich eine verstärkte Bereitschaft zur Mobilisierung der zivilen Bevölkerung in lokalen „Grassroot-Committees“ und Verbänden beobachten, die nicht mehr wie früher isoliert sind, sondern sich in Netzwerken und Kooperationen vernetzen und somit an Macht und Rückhalt gewinnen (vgl. Greyl et al., 2010: 16). Diese zivile Mobilisierung übt Druck auf die Regierung aus und kritisiert sie wegen ihres korrupten Fehlverhaltens, weswegen die Politik ihre Bemühungen verstärkt, mit der Bevölkerung zu kooperieren und sie in umweltpolitische Entscheidungen mit einzubeziehen. So kündigte Italiens Umweltminister Andrea Orlando bereits an, sich mit den Vertretern von Umweltbewegungen zu einem Gespräch über einen Aktionsplan zur Sanierung der Region zu treffen (vgl. Braun, 2013). Während zivile Komitees und Organisationen lange Zeit vom Müllmanagement und den Entscheidungsprozessen in diesem Bereich durch die Anwendung repressiver Maßnahmen und Militärinterventionen kategorisch ausgeschlossen wurden (vgl. Greyl et al., 2010: 26), ist die Regierung aufgrund des wachsenden Drucks solcher Organisationen zum Umdenken gezwungen. So müssen beispielsweise die Zivilbevölkerung, die Forschung, die Gemeinden und Politiker zusammen die Bedingungen für einen legalen Rahmen zur Herstellung und Garantie der „Umweltgerechtigkeit“ schaffen (vgl. Greyl et al., 2010: 27).

Die Wirtschaft Italiens lässt keine besondere Initiative zur Zusammenarbeit mit Politik oder Zivilgesellschaft zu Gunsten der „Zero Waste“ Politik erkennen, es wurden zumindest während der Recherche keine konkreten Beispiele für derartige Kampagnen gefunden. Dieses Verhalten lässt sich teils dadurch erklären, dass die Wirtschaft selbst vom illegalen Geschäft mit dem Müll profitiert (vgl. Rabitti, 2008, zitiert nach: D’Alisa et al., 2010: 242).

5.2. San Francisco

5.2.1 Daten und Fakten

San Francisco ist eine Küstenstadt des Bundesstaates Kalifornien, die sich an der Westküste der Vereinigten Staaten am Pazifischen Ozean befindet. Mit ihren 805.235 Einwohnern, verteilt auf einer Fläche von ca. 600 Quadratkilometern stellt San Francisco die viertgrößte Stadt Kaliforniens dar. Sie hat eine Bevölkerungsdichte von 6.633 Einwohnern je Quadratkilometer (vgl. Gokaldas, 2012: 14) und ist gleichzeitig die einzige Stadt in Kalifornien, die seit dem Jahr 1856 gleichzeitig eine konsolidierte Stadt und ein Landkreis ist, weshalb sie auch über mehr Vollmachten als andere Städte verfügt. Der Bürgermeister San Franciscos hat aus demselben Grund zur gleichen Zeit das Amt des Verwaltungsdirektors wie des Landkreises inne und der Stadtrat fungiert zusätzlich als Aufsichtsrat des Landkreises. Die staatliche Exekutive besteht aus dem Bürgermeister, dem öffentlichen Dienst und allen gewählten Beamten des Landkreises. Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt elf gewählten Mitgliedern, je einer pro Bezirk, und einem Präsidenten, der alle Funktionen der Stadt und des Landkreises beaufsichtigt. Da das oberste Bundesgericht Kaliforniens seinen Sitz in San Francisco hat und die Stadt außerdem mehrere regionale Abteilungen der staatlichen Behörden, wie dem amerikanischen „Court of Appeals“ oder der „Federal Reserve Bank“ beheimatet, spielt sie eine große Rolle im Bundesstaat Kalifornien (vgl. Easy Expat Ltd, 2009a).

Die politische Atmosphäre San Franciscos ist stark vom Liberalismus geprägt, eine Entwicklung, die von der Dominanz der Demokraten, der Grünen und der progressiven Politiker in der kommunalen Politik herrührt. So wurde beispielsweise 2006 ein Programm namens „Healthy San Francisco“ eingeführt, das allen nicht versicherten Bewohnern der Stadt eine Krankenversicherung zur Verfügung stellte und seit 2008 ist die gleichgeschlechtliche Eheschließung in San Francisco verfassungsrechtlich erlaubt (vgl. Easy Expat Ltd, 2009a). Der aktuelle Bürgermeister ist der Demokrat Ed Lee, der am 09. November 2011 mit 61 Prozent die Wahl für sich entscheiden konnte und somit der erste Bürgermeister Amerikas mit chinesischen Wurzeln ist (vgl. Christie, 2011).

San Francisco besitzt aufgrund seiner geschichtlichen Entwicklung und seiner natürlichen Ressourcen eine äußerst starke Wirtschaftskraft, die ungefähr einen Wert von 1,7 Billionen

Dollar jährlich erzeugt (Stand 2009). Die strategisch günstige Lage am Hafen, an dem ungefähr 30 Prozent des Handels der Westküste abgewickelt wird, ebenso wie die landschaftliche Schönheit und liberale Kultur der Region, die für eine boomende Tourismusbranche mit jährlichem Umsatz von 6,7 Milliarden Dollar sorgt, stellen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Der kalifornische Bezirk ist darüber hinaus auch ein wichtiger Technologie-Standort, der sich hauptsächlich auf Bio- und Internettechnologie und seit 2001 auch stark auf Spitzentechnologie und Unternehmertum ausgerichtet hat. Dank der historischen Entwicklung des Goldrausches im heutigen Kalifornien, aber auch dem Sitz der FED in der Stadt, ist San Francisco der Standort zahlreicher wichtiger, internationaler Finanzinstitutionen und der Hauptsitz vieler wichtiger Banken (Easy Expat Ltd, 2009b).

5.2.2 „Zero Waste“ Projekt in San Francisco

San Francisco ist eine der Vorreiter der „Zero Waste“ Bewegung, die bereits 1989 durch das „Integrated Waste Management Act“ Gesetz angestoßen wurde. Dieses verpflichtete amerikanische Städte und Gemeinden dazu, ihren kommunalen Müll von Deponiegeländen und Verbrennungsanlagen bis zum Jahr 1995 um 25% und bis 2000 um 50% zu reduzieren. Da San Francisco dieses Gesetz als Anlass dafür nahm, in den folgenden zwei Jahrzehnten zusätzliche strenge Verordnungen zum Abfallmanagement zu beschließen, begann durch die Fusion von staatlicher Vorgabe und Gemeindeengagement bereits die Laufbahn der kalifornischen Stadt als „Zero Waste City“. Im Jahr 2002 wurde schließlich mit der ehrgeizigen Zielsetzung einer 100% Quote zur Vermeidung von Müllablagerungen in Deponien das Projekt einer konkreten „Zero Waste“ Politik für die Stadt San Francisco eingeläutet. Um diese staatlichen Vorgaben bis zum Jahr 2020 zu erreichen, wurden in den Folgejahren mehrere Verordnungen zu bestimmten Themengebieten erlassen. Im Jahr 2006 wurde beispielsweise eine 65% Quote zur Rückgewinnung von Bau- und Abrisschutt gesetzlich festgelegt (vgl. Ferry, 2011), und ein Jahr später wurden kompostier- oder recycelbare Take-out Container für jedes Restaurant eingeführt (vgl. Gokaldas, 2012: 15f.). Das Gesetz aus dem Jahr 2009 stellte schließlich einen Meilenstein für die Umweltpolitik dar, indem San Francisco als erste Stadt der Vereinigten Staaten das Recycling und die Kompostierung für jeden Einwohner und jedes Unternehmen der Stadt gesetzlich vorschrieb (vgl. Ferry 2011). Im Oktober 2012 wurde darüber hinaus noch ein Gesetz verabschiedet, das allen Einzelhandelsläden verordnete kompostierbare, recycelte oder zumindest recycelbare

Tragetaschen anzubieten. All diese Gesetze wurden zeitlich so geplant, dass die nötige Infrastruktur beim Zeitpunkt der Umsetzung bereits zur Verfügung stand und die Beteiligten, seien es Bürger oder Unternehmen, über die nötige Unterstützung, die Werkzeuge und Ausbildung verfügten. Darüber hinaus verlieh die Regierung dem *Department of Environment* (SFE) die Vollmacht, ihre Verordnungen wenn nötig auch gesetzlich durchzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen (vgl. Gokaldas, 2012: 15f.).

Im Jahr 2012 schaffte es die Stadt San Francisco, sich als globaler Anführer des Abfallmanagements im Rahmen der „Zero Waste“ Politik durchzusetzen und bereits 77% ihres Abfalls nicht in Mülldeponien und Verbrennungsanlagen zu entsorgen, sondern nachhaltig aufzubereiten. Diese Vorreiterstellung wurde durch eine dreiteilige Strategie erreicht: erstens eine starke Gesetzgebung zur Müllreduzierung, zweitens eine effektive Partnerschaft mit einer ähnlich gesinnten Abfallmanagement-Firma, um neue innovative Programme zu entwerfen und zuletzt die Schaffung einer Recyclings- und Kompostierungskultur (vgl. Gokaldas, 2012: 14). Zusammen mit der Abfallmanagement-Firma Recology entwickelte die Stadt San Francisco bereits 1999 das Recycling-System der „Fantastic Three“ (vgl. Gokaldas, 2012: 17), bei dem schwarze („landfill bins“ für Abfall), blaue (Papier, Aluminium und Plastik) und grüne (Kompost) Behälter für die Mülltrennung eingeführt wurden, um die umweltgerechte Kompostierung und das Recycling zu erleichtern. Um finanzielle Anreize für die Kompostierung zu geben, müssen die Einwohner nun nach dem „Pay as you throw“ Prinzip je nach Menge des produzierten „Landfill“ Abfalls zahlen, während die Entsorgung der blauen und grünen Tonnen gratis ist (vgl. Ferry, 2011). Zusätzlich werden für die Bürger und Recology Sammelzinsen für das Recycling vergütet, das heißt alle Kunden müssen einen Mindestbetrag für das Sammeln des Mülls, sowie zusätzlichen Gebühren zahlen, basierend auf der Menge des Mülls, den sie produzieren. Während den Bewohnern gratis Recycling- und Kompostierungsdienstleistungen angeboten wird, erhalten Unternehmen zur Förderung des Recyclings einen Nachlass von bis zu 75%, als Anreiz zur Vermeidung der Abfallsteuer, die im Endeffekt teurer wäre als zu Recyceln. Somit profitiert Recology auf zwei Arten: erstens erhält es die Einkünfte aus den Recycling- und Kompostierungsdiensten und aus dem anschließenden Verkauf der wiederverwerteten Ressourcen und zweitens erhält es einen zwei Millionen Dollar Bonus, wenn es seine vorgegebenen Zielwerte übertrifft. Somit hat San Francisco zusammen mit Recology erfolgreich ein widerstandsfähiges Sammel- und Preisprogramm für das städtische

Müllmanagement entwickelt, das seither vielen anderen Städten weltweit als Vorbild dient (vgl. Gokaldas, 2012: 17).

Im Jahr 2012 kam San Francisco bereits nahe an ihr Ziel heran, das Programm der „Fantastic Three“, vollständig umzusetzen. Um dies zu erreichen waren jedoch fast zwei Jahrzehnte nötig, in der ein Verhaltens- und Kulturwandel der Bevölkerung stattfand. Inzwischen erfüllen fast 80 Prozent der Firmen das Recyclings- und Kompostierungsgesetz San Franciscos und alle Wohnhäuser mit weniger als sechs Wohneinheiten, ebenso wie die meisten großen Mehrfamilienhäuser, betreiben Mülltrennung. Die Erfolgsrate San Franciscos spricht für sich: 2010 entsorgte die Stadt bereits 15 Prozent weniger Abfall in Deponieanlagen als noch ein Jahr zuvor, also nur noch die Hälfte der Müllmenge vom Jahr 2000 und im Jahr 2012 verursachte jeder Einwohner täglich circa 1,7 Kilogramm Müll, von denen bereits 77 Prozent recycelt werden konnten (vgl. Gokaldas, 2012: 18f.). Recology sammelte 2011 täglich bereits 600 Tonnen organischen Müll zur Kompostierung (vgl. Ferry, 2011). Ausgehend von Schätzungen könnten von diesen restlichen 23 Prozent, die in den Mülldeponien gelagert werden, noch einmal 75 Prozent recycelt werden, womit die gesamte Recyclingquote auf 90 Prozent ansteigen würde (vgl. Gokaldas, 2012: 18f.). Dafür müsste San Francisco jedoch neue technologische Müllverwertungsmechanismen benutzen, um eine noch größere Menge aus dem Abfallstrom recyceln zu können. Die letzten zehn Prozent für eine hundert Prozent Quote zu erreichen, sei jedoch nicht mehr in der Macht der Regierung, sagt Melanie Nutter, Vorsitzende von SFE: "There are some items in the waste stream that can't be recycled or reused or repurposed. So, in that case, we think the last 10% will really come down to working with manufacturers." (Ferry, 2011) So hängt letztens Endes die vollständige Zielerreichung vom Willen und Engagement der Wirtschaft und den Firmen ab, den Produktionskreislauf zu ändern und beispielweise das Verpackungsmaterial zu reduzieren oder dieses entsprechend zu recyceln (vgl. Ferry, 2011).

In folgender Graphik (siehe Abb. 6) sieht man durch verschiedenfarbige Linien die Entwicklung der Müllverwertung der USA, Kaliforniens und zuletzt San Franciscos über die Jahre und einigen Gesetzen zur Müllverwertung dargestellt. Die blaue Linie zeigt die Müllkurve der gesamten USA, während die rote Linie die Entwicklung der Region Kaliforniens abzeichnet und die grüne Linie, die sich deutlich abhebt und stärker ansteigt als die anderen Linien, ist die Entwicklung der Müllverwertung San Franciscos. Wie deutlich erkennbar ist, ist die Entwicklung San Franciscos anhand der jeweiligen Gesetze im

amerikaweiten Durchschnitt aufgeführt. Es wird insbesondere der starke Anstieg der Müllverwertung in San Francisco zwischen der Einführung einer Müllkollektion 2001 und der 2007 erlassenen „Food Service Waste Reduction“ Verordnung von circa 50 bis 70 Prozent innerhalb von sechs Jahren deutlich (vgl. Abb. 6). Dies stellt eine beachtliche Leistung dar, die nur mit guter Organisation, strenger staatlicher Regelung und der Kooperation von Wirtschaft und Zivilbevölkerung möglich war.

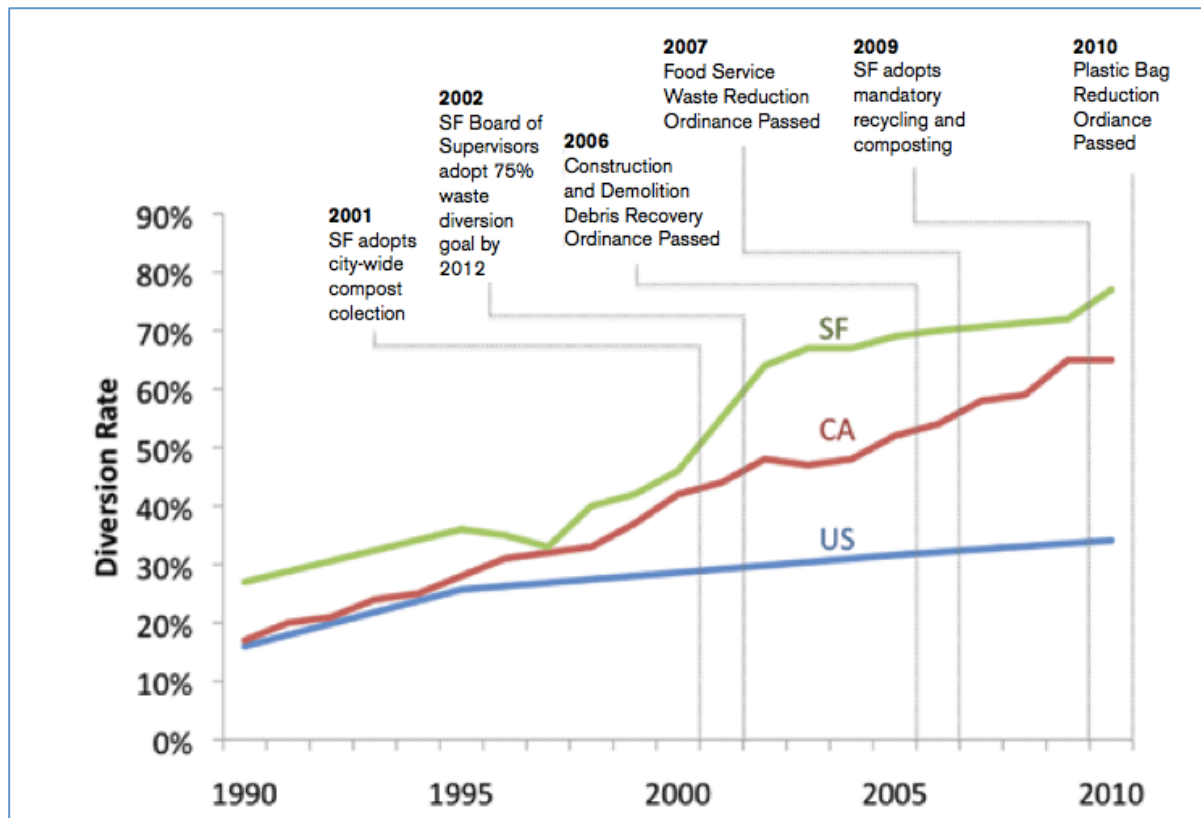


Abb. 6 – San Francisco Waste Legislation and Diversion Rates (Gokaldas 2012: 15)

Ein Grund für den Erfolg des „Zero Waste“ Programms in San Francisco ist eben jene starke Unterstützung des Projekts seitens der Zivilbevölkerung, welche eine politische Verpflichtung zu ökologischer Nachhaltigkeit verlangt. Aus diesem Grund rekrutierte die Stadt San Francisco viele zivile Anführer direkt aus der Bevölkerung für die Umsetzung ihres „Zero Waste“ Programms, wie zum Beispiel Anwälte aus der Umweltkommission. Ein Treiber für den starken Wandel in der Umweltpolitik stellen außerdem die hohen Kosten der Abfallentsorgung in Mülldeponien im Gegensatz zu den entstehenden finanziellen Einsparungen durch das Erreichen des „Zero Waste“ Ziels dar (vgl. Gokaldas, 2012: 16).

Allgemein kann resümiert werden, dass die Stadt San Francisco als Vorreiter der „Zero Waste“ Bewegung sehr erfolgreich darin war, die Gewohnheiten und die Kultur seiner

Bewohner zu ändern. Die Akzeptanz der „Zero Waste“ Politik von der Zivilbevölkerung ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche und langfristige Umsetzung der Maßnahmen um schließlich das Ziel zu erreichen. Gerade in Amerika ist dies jedoch kein einfaches Unterfangen, da hier Essensreste und „nasser“ Müll¹⁰ in der Gesellschaft als negativ und „eklig“ empfunden werden. Deshalb ist es sehr wichtig, auf welche Art das „Zero Waste“ Projekt den Bürgern vermittelt wird. Gerade Meilensteine des Erfolgs in konkreten, fassbaren Messeinheiten, z.B. die Umwandlung der millionsten Tonne organischen Abfalls in Kompost (März, 2012) tragen dazu bei, die Erfolgsgeschichte des „Zero Waste“ Projekts zu kreieren (vgl. Gokaldas, 2012: 18). „Through a unique synthesis of regulation, a long-term partnership, and engaged outreach, San Francisco is creating a model zero waste program.“ (Gokaldas, 2012: 18) Somit ist die Stadt dank ihrer sorgfältigen Planung, einer gut durchdachten Strategie, sowie der starken Unterstützung und Zusammenarbeit der Bevölkerung bereits auf dem besten Weg, ihr ehrgeiziges „Zero Waste“ Ziel zu erfüllen. Dies hieße konkret, bereits als erste Stadt weltweit gar keinen Müll mehr zu produzieren (vgl. Eberlein, 2012).

5.2.3 Akteure

In San Francisco gibt es im Gegensatz zu Neapel nur drei Akteure auf insgesamt vier verschiedenen Ebenen, die Regierung, die Wirtschaft und die Zivilbevölkerung agieren auf politischer, sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Ebene. Es gibt jedoch keinen bekannten Einfluss einer kriminellen Organisation auf der politischen Ebene. Im folgenden Kapitel werden die wichtigsten Akteure des „Zero Waste“ Projekts San Francisco untersucht.

5.2.3.1 Regierung

Die liberale Regierung San Franciscos, dominiert von Grünen und Sozialdemokraten, hat schon früh mit einer ökologischen Gesetzgebung begonnen. Bereits 1989 wurde das „Integrated Waste Management Act“, eine verpflichtende Quote zur Reduzierung von Mülldeponien, eingeführt. Mit der Beschließung des „Zero Waste“ Projekts 2002, das bis zum Jahr 2020 erreicht werden soll (vgl. Eberlein, 2012), stellt die San Francisco außerdem einen

¹⁰ „Nasser Müll“: auch genannt „wet waste“ besteht aus organischem Material mit geringerem finanziellen Wert, das jedoch die größte Umweltverschmutzung darstellt. Wenn es in Mülldeponien gelagert wird, produziert es Methan, toxische Abfallstoffe und schlechte Gerüche (vgl. Tangri, 2010: 10)

ökologischen Vorreiter und ein Vorbild für viele Städte im Bereich des Müllmanagements dar. Zusätzlich zu früheren Umweltmaßnahmen wie dem 1999 eingeführten Müllsammlungssystem „Fantastic Three“ (vgl. Gokaldas, 2012: 17) wurde 2006 ein Gesetz zur Reduzierung von Bauschutt (vgl. Ferry, 2011) und 2007 eine Verordnung zur „Food Service Waste Reduction“ erlassen, weitere Umweltgesetze folgen 2009, 2011 und 2012 (vgl. Gokaldas, 2012: 15 - 17).

Department of Environment (SFE)

Auch die Stadt San Francisco besitzt staatliche Organisationen mit speziellen Zuständigkeiten für die „Zero Waste“ Ziele. Hauptverantwortlicher für den allgemeinen kommunalen Müll ist das „Department for Public Work and Public Health“ der Stadt San Francisco, während das Umweltministerium der Stadt (Department of Environment, kurz SFE) explizit dafür zuständig ist, die „Zero Waste“ Vorgaben der Stadt zu erreichen. Um diese Ziele zu erfüllen, arbeitet das SFE eng mit Recology, einem privaten Müllunternehmen, zusammen, dessen Personal das Sammeln, Recyceln und Entsorgen des Gewerbe- und Siedlungsabfalls übernimmt (siehe Kapitel 5.2.3.2) (vgl. Gokaldas, 2012: 15). Die „Zero Waste“ Abteilung innerhalb der SFE wurde von der städtischen Regierung gegründet, die selber 15 Prozent des gesamten Mülls produziert und sich darum bemüht, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Hauptaufgaben des „Zero Waste“ Teams bestehen aus der Öffentlichkeitsarbeit, der Umsetzung der städtischen Recyclingprogramme in einzelnen Sektoren und im Vorantreiben der Müllreduzierungs politik auf lokaler und städtischer Ebene. Die Abteilung besteht aus einem kleinen Kernteam von insgesamt elf Personen, die den gewerblichen, städtischen Abfall- oder Siedlungsabfallbereichen zugeordnet sind. Des Weiteren sind sie auch für alle Strategien, Programme, politischen Vorhaben und Initiativen zur Erreichung des „Zero Waste“ Ziels verantwortlich. Einige externe Personen konzentrieren sich darüber hinaus noch in einem anderen Programm auf die Reduzierung von toxischem Müll. Im Betriebssektor ist eine Position nur für Bau- und Abrissmüll zuständig, welche in Zusammenarbeit mit Bauarbeitern daran arbeiten soll, die Abfallprodukte des Baugewerbes mit Recology zu recyceln. Zwei andere Angestellte helfen den Firmen dabei, das Programm der „Fantastic Three“ vollständig umzusetzen und stellen sicher, dass diese gemäß dem San Francisco Recycling- und Kompostierungsgesetz handeln (vgl. Gokaldas, 2012: 18). Das SFE beschäftigt darüber hinaus in einem Öffentlichkeitsarbeitsprogramm an die 20 Umweltschutzwärter, welche mehrheitlich aus einem staatlichen Jobtraining-Programm namens „Environment Now“ kommen und selber aus der näheren Umgebung von San Francisco

stammen. Dies erleichtert es ihnen, die traditionell schwer erreichbaren Zielgruppen anzusprechen und somit die Beteiligung der Gemeinde in Umweltinitiativen zu erhöhen. Eine der Maßnahmen der SFE zur Müllreduzierung und zum „green purchasing“ besteht in der Einrichtung eines virtuellen Warenhauses, in dem überschüssige Vorräte innerhalb verschiedener Stadtagenturen ausgetauscht werden können (vgl. Gokaldas, 2012: 19).

Einer der Gründe für den großen Erfolg der Umweltpolitik San Franciscos beruht auf dem Einkommen aus den Zinsen der Müllsammlung von Recology. Somit steht der Stadt ein jährliches Budget von 7 Millionen US-Dollar für ihr „Zero Waste“ Programm zur Verfügung (vgl. Gokaldas, 2012: 19). Ein weiteres großes Projekt des Umweltministeriums ist der Bau einer neuen Abfallfabrik, um den Müll selber sortieren zu können. Eine mechanisch-biologische Trennungsanlage soll durch konstant niedrige Temperatur einen Fäulnisprozess durchführen, dies würde es ermöglichen, die Plastiktaschen vom Abfall zu trennen und auch kleinere Teile aus dem Abfallstrom wiederzuverwerten (vgl. Gokaldas, 2012: 20).

5.2.3.2 Wirtschaft

Recology

Recology ist der einzige Müllentsorger San Franciscos, der 1920 aus der Fusion zweier verschiedener Müllabfuhr-Verbände, der „Scavengers Protective Association“ und der „Sunset Scavenger Company“, entstanden ist. Das Unternehmen unterhält eine enge, fast symbiotische Partnerschaft mit der Regierung im Rahmen des „Zero Waste“ Programms. Während die Stadt die Übersicht, die Politikentwicklung und die Technologie- und Best-Practice-Forschung übernimmt, entwickelt, testet und betreibt Recology die nötige Infrastruktur, um den Müll, als auch die recycel- und kompostierbaren Abfälle zu verarbeiten (vgl. Gokaldas, 2012: 16). Somit sorgt Recology nach Schätzungen des Bürgermeisters San Franciscos, Ed Lee dafür, dass fast 80 Prozent des Mülls, der sonst auf den Deponieanlagen enden würde, wiederverwertet oder kompostiert wird (vgl. Vinnitskava, 2013). Darüber hinaus entwickelte das Müllunternehmen auch einen Markt für Kompost für lokale Farmen und Gärtner, die dadurch günstigen Kompost für ihre Pflanzen erwerben können. Ein weiterer Vorteil der Zusammenarbeit von Recology und der Stadt ist die Schaffung von gut bezahlten Arbeitsstellen in der Region, die meistens an wirtschaftlich benachteiligte Menschen aus der Stadt vergeben werden (vgl. Gokaldas, 2012: 17f.).

Zero Waste Systems

Die Firma „Zero Waste Systems“ wurde im Jahr 2007 von dem promovierten Chemiker namens Paul Palmer gegründet, der in den 70er Jahren das erste Mal den Terminus „Zero Waste“ an die Öffentlichkeit brachte. Obwohl die meisten heutigen „Zero Waste“ Projekte die Methode des Recyclings in ihr Umweltmanagement integrieren, wendet sich Palmer mit seiner Firma strikt dagegen und neugestaltet und verkauft die chemischen und technologischen „Abfälle“ der Elektronikindustrie, die im Prinzip wertvolle Ressourcen darstellen, lieber an andere Firmen weiter. Recycling ist in den Augen des Diplomchemikers und Unternehmers nichts anderes als ein Fortsatz der Müllproduktion, während seine Methode der Umgestaltung der Abfallprodukte aus Handel und Industrie und auch die Veränderung der Prozesse, die diese Produkte herstellen, verkaufen und nutzen, die Produktion von Müll im Vorfeld vermeidet (vgl. Palmer, 2009).

Dazu gehören Projekte wie die Annahme großer Mengen an Labormaterialien, welche schließlich für Experimente an Wissenschaftler oder an Firmen weiterverkauft werden. Die spätere Gründung der Nichtregierungsorganisation „Zero Waste Institute“ und der gleichnamigen Website von Palmers hat das Ziel, die Lehren aus seiner Unternehmerzeit und allgemein seine „Zero Waste“ Umweltphilosophie an die Bevölkerung und andere Firmen weiterzureichen (vgl. Palmer, 2009).

5.2.3.3 Zivilgesellschaftliche Akteure

Californias against waste

„Californias against waste“ ist eine 1977 gegründete, landesweit führende NGO für Umweltforschung und -lobbying, welche sich dem Umweltschutz des Bundesstaates Kalifornien widmet. Über die Entwicklung, Promotion und Implementierung von politischen Lösungen und Programmen zur Müllreduzierung und Recycling wird für den Schutz der kalifornischen Umwelt vor Verschmutzung und Ressourcenausbeutung gekämpft (vgl. CAW, 2013). Ihr Fokus liegt dabei stark auf dem Konzept der Verantwortung des Produzenten:

When manufacturers are required to internalize the environmental externalities (costs) of material extraction, processing and manufacturing pollution, and end-of-life waste management in a product price, the market-place motivates them to reduce consumption,

replace virgin resources with recycled materials, reduce toxicity and waste, design for maximum life and recyclability, and generally improve sustainability. (CAW, 2013)

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die NGO verschiedener Instrumente, wie dem Lobbying für die Ausweitung der Verantwortung von Produzenten bezüglich der ökologischen Auswirkungen ihrer Produkte und Prozesse, Informationskampagnen für Bürger und die Schaffung von Anreizen oder politischen Vorgaben zur Verminderung von toxischen Materialien oder Abfall beispielsweise durch Recycling (vgl. CAW, 2013).

Zero Waste Home

Auch privat tragen die Bürger San Franciscos mit ihrem Engagement einen Teil zur Umsetzung der „Zero Waste“ Politik bei, wie beispielsweise mit Blogs oder Büchern. Ein Beispiel dafür ist der Blog namens „Zero Waste Home“ von Bea Johnson aus San Francisco, die versucht mit ihrer Familie gemäß den „Zero Waste“ Prinzipien zu leben und durch die Veränderung ihres Konsumverhaltens keinen Müll mehr zu produzieren, sondern stattdessen zu recyceln, auf Plastik zu verzichten und nur noch biologische Produkte zu verwenden (vgl. Johnson). Ihr Konsummuster richtet sie nach den drei offiziellen R's der „Zero Waste“ Bewegung aus: *reduce*, *reuse*, *recycle* und fügt darüber hinaus noch ein viertes Element hinzu: *refuse*. Auf diese Weise schafft es die Familie, in sechs Monaten nur eine Handvoll Müll zu produzieren (vgl. Petru, 2011). In ihrem Blog „Zero Waste Home“ spezialisiert sich Johnson auf Tipps und Anleitungen für den Alltag, um sich der „Zero Waste“ Gemeinschaft anzuschließen und die Umwelt zu schonen (vgl. Johnson).

5.2.4 Kooperation der Schlüsselakteure

Die Beteiligung und das Engagement der Zivilbevölkerung sind ein unverzichtbarer Bestandteil für die erfolgreiche Umsetzung des „Zero Waste“ Projektes. Eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der Gesetze stellt die Unterstützung, Bildung und Information der Bürger durch die Regierung dar, um zu erreichen, dass diese die politischen Maßnahmen verstehen und unterstützen. Die Zivilbevölkerung muss den Zusammenhang zwischen der Kaufkraft eines Konsumenten und dem Abfall erkennen, der durch seinen eigenen Konsum in Mülldeponien landet und somit die Ökosysteme und die Luft verschmutzt und deshalb die Lebensqualität der Bürger, also Konsumenten, verschlechtert (vgl. Vinnitskava, 2013). Der Erfolg der Umweltpolitik hängt zu großen Teilen von der Aufklärung

der Bürger ab. Die effektive Zusammenarbeit einer proaktiven Regierung und einer engagierten Zivilbevölkerung machen dieses Ziel erreichbar. Ein Beispiel dafür sind sogenannte vorgeschriebene „auditors“, die den Müll der Anwohner auf die korrekte Mülltrennung überprüfen und gegebenenfalls auch nicht fügsame Bewohner über den Unterschied zwischen Müll und recycel- oder kompostierbarem Abfall aufklären. Auf diese Weise demonstriert San Francisco, wie durch die Politik gewisse Gewohnheiten verstärkt werden können um somit wirksame Veränderungen in der Art und Weise zu bewirken, wie Städte mit Umweltbelangen umgehen (vgl. Vinnitskava, 2013).

Ein wichtiger Bestandteil der „Zero Waste“ Politik ist es, die öffentliche Politik so zu gestalten, dass sie allgemeingültige Standards setzt und die Bevölkerung dazu bringt, die gleichen Ziele zu verfolgen. Unterstützungsprogramme verstärken solche staatlichen Vorgaben, die irgendwann zu Gewohnheiten und einem bewussten Umweltverhalten der Bevölkerung werden sollen. Während jedoch Verordnungen des Staates oft lange brauchen bis sie Erfolg zeigen, leisten Bildungs- und Unterstützungsinstrumente, die zum besseren Verständnis der Bürger bezüglich der „Zero Waste“ Maßnahmen beitragen, einen schnellen und unmittelbaren Beitrag zur Zielerfüllung (vgl. Vinnitskava, 2013).

Ein konkretes Beispiel für Netzwerk-Governance in San Francisco in interorganisationalen Netzwerken ist der Informationsaustausch und die Unterstützung des Staates für Umweltprojekte der Bevölkerung. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit des „San Francisco Department of Environment“ mit der zivilen Bevölkerung im „SF Community Insight Project“, welches am 23. April 2011 startete. Das Ziel dieses Projekts war laut der Direktorin von SF Environment, Melanie Nutter: „(...) engaging with San Francisco's diverse communities where they live and gather, soliciting concerns and ideas, and taking what we learn to improve and expand the city's innovative environmental programs and policies.“ (SFEnvironment, 2011). Das Projekt umfasste neben einer Website namens *ideas4SF.org* auch einen Youtube-Kanal, auf der die Bürger San Franciscos ihre Ideen für die Umsetzung der „Zero Waste“ Ziele eintragen und miteinander diskutieren konnten. Darüber hinaus wurden InSight-Teams gebildet, welche eine Tür-zu-Tür Befragung starteten, Gemeindetreffen veranstalteten und multilinguale Feedbackformulare versendeten. Neben der Förderung der Bürgerbeteiligung profitierte die staatliche Umweltbehörde von den Ideen der Bürger ihrer Stadt, deren Vorschläge am Jahresende in einen zusammenfassenden Bericht einfließen (vgl. SFEnvironment, 2011). Eine weitere Kooperationsmaßnahme der staatlichen

Umweltbehörde SF Environment ist die finanzielle Unterstützung einiger Non-Profit Organisationen mit jährlichen Fördermitteln von 600.000 US-Dollar, die Innovationen im Bereich des Recyclings, Wiederverwertung, Kompostierung, Marktentwicklung und Bildung fördern sollen (vgl. Tam, 2010). Anhand solcher Projekte wird die politische Netzwerk-Governance deutlich, bei der die Gesetzgebung nicht vertikal, sondern in einem Kreislauf, also einem Spiralprozess gegenseitiger Beeinflussung, Rückkopplung und Mitbestimmung verschiedener Akteure, geschieht (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001:14).

Als Beispiel einer wirtschaftlichen Kooperation mit dem Staat und der Zivilbevölkerung kann die Müllentsorgungsfirma Recology genannt werden. Der private Müllentsorger arbeitet mit der Stadt zusammen, um das „Zero Waste“ Ziel zu erreichen. Die Stadt erhält Zinsen aus dem Gewinn des Unternehmens, die sie wiederum in umweltpolitische Maßnahmen investieren kann und durch die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Projekte wie einem Kompostierungsmarkt, wird auch mit der Zivilbevölkerung agiert (vgl. Gokaldas, 2012: 16-19). Abgesehen davon gibt es nicht viele Beispiele für wirtschaftliche Kooperation im Kontext des „Zero Waste“ Projekts innerhalb von Netzwerken, hier besteht noch Handlungsbedarf des Staates.

5.3 Zwischenfazit

Bei einem Vergleich der „Zero Waste“ Projekte der beiden Städte Neapel und San Francisco müssen natürlich die unterschiedlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, da es eine Reihe variierender Rahmenfaktoren gibt. So spielen in Neapel beispielsweise auch illegale Akteure eine große Rolle, welche den Erfolg der „Zero Waste“ Projekte behindern. Darüber hinaus ist Neapel eine ärmere Stadt, die noch mit den Folgen der italienischen Wirtschaftskrise kämpft, in der lang gewachsene Strukturen der wirtschaftlichen und politischen Korruption eine effektive politische Governance hinsichtlich des „Zero Waste“ Projektes fast unmöglich machen und in der außerdem Ressourcen für umweltpolitische Maßnahmen fehlen. Das Engagement der Zivilbevölkerung für Umweltpolitik ist jedoch trotz Armut und sozialer Ungleichheit erstaunlich hoch. Ein weiteres Kriterium ist, dass San Francisco schon im Jahr 2002, also Jahre früher, mit dem Projekt begonnen hat und somit weiter auf seinem Weg fortgeschritten ist und bereits eine lange Geschichte des

Umweltschutzes hinter sich hat. Zudem erkennt man deutlich die Bedeutung des Wertewandels von Müll in der kalifornischen Stadt, in der Umweltschutz allgegenwärtig ist und innerhalb von Staat, Zivilbevölkerung und Wirtschaft – obwohl diese traditionell am wenigsten Engagement zeigt – ein starker Wille für das Erreichen der Umweltziele erkennbar ist.

Trotz der Unterschiede der Rahmenbedingungen und der Fortschritte der „Zero Waste“-Projekte beider Städte kann man einige Beobachtungen zur Kooperation der Schlüsselakteure beider Städte machen. Bezüglich der Netzwerk-Governance der beiden Städte zeigt sich an Projekten wie dem „SF Community Insight Project“ jedoch, dass die Kooperation des Staates mit der Zivilbevölkerung in San Francisco bereits weiter fortgeschritten ist als in Neapel, wo große Ankündigungen der Politik noch in konkrete Aktionen umgesetzt werden müssen. Die politische Governance San Franciscos geschieht im Bereich der „Zero Waste“-Politik in Netzwerken auf verschiedenen Ebenen und erlaubt die aktive Beeinflussung und Mitgestaltung der Zivilgesellschaft und des Staates (vgl. SFEnvironment, 2011). In Neapel ist diese Zusammenarbeit zwar noch nicht so weit entwickelt, es sind jedoch bereits erste Anzeichen solcher Bemühungen (auf Seiten des Staates) erkennbar, beispielsweise durch die Ankündigung des Umweltministers über einen gemeinsamen Aktionsplan über die Sanierung der Region zusammen mit Umweltbewegungen (vgl. Braun, 2013). Des weiteren müssen die Zivilbevölkerung, die Forschung, die Gemeinden und Politiker künftig in Zusammenarbeit die Bedingungen für einen legalen Rahmen zur Herstellung und Garantie der „Umweltgerechtigkeit“ schaffen (vgl. Greyl et al., 2010: 27). Die stark mit der Mafia verbundene Wirtschaft zur Zusammenarbeit für Umweltziele zu bewegen, könnte sich jedoch als äußerst schwierig erweisen. Hier bedarf es strenger staatlicher Regelungen und Verbote, um einen Anstoß in die richtige Richtung zu geben.

Zum Zeitpunkt dieser Arbeit (Stand 2014), ist es nach Meinung der Verfasserin äußerst unwahrscheinlich, dass Neapel sein „Zero Waste“-Ziel bis zum Jahr 2020 noch erreichen kann. Zu groß sind die Blockaden und Hindernisse, zu kurz der noch verfügbare Zeitrahmen und zu lax sind die politischen Vorgaben und Maßnahmen. Trotzdem müssen bereits erfolgte Bemühungen gewürdigt und die positiven Auswirkungen der „Zero Waste“-Politik, wie eine Änderung der politischen Richtung, sowie eine allgemeine Bewusstwerdung der Müllproblematik innerhalb der Gesellschaft Neapels, anerkannt werden.

San Francisco, welches ebenfalls das Jahr 2020 als Zielpunkt für sein „Zero Waste“ Projekt festgelegt hat, hat dagegen durchaus realistische Chancen, seine umweltpolitischen Vorgaben zu erreichen, da es 2012 bereits eine Recyclingquote von 77 % vorweisen konnte. Um allerdings 100% des Mülls recyceln zu können, braucht es einen entscheidenden technologischen und gesellschaftlichen Wandel, der noch schwerer zu erreichen ist.

6. Conclusio

Um auf die hauptsächliche Forschungsfrage *„Wie gestaltet sich die Kooperation ziviler und privatwirtschaftlicher Akteure mit der Regierung auf verschiedenen Ebenen und welche Auswirkungen hat diese Zusammenarbeit?“* und die sich daraus ergebenden forschungsleitenden Fragen einzugehen, lässt sich schlussendlich Folgendes feststellen: Zu den Akteuren, welche die „Zero Waste“ Politik beeinflussen, zählen vor allem die Regierung, die Wirtschaft und die Zivilbevölkerung. Während im Normalfall die Zivilbevölkerung auf Grund beispielsweise mangelnder Druckmittel, zu wenig Kapitalunterstützung und anderer Faktoren die schwächste Stellung dieses Akteurs-Dreiecks einnimmt, kommt der Zivilbevölkerung bei der „Zero Waste“ Politik eine wesentlich höhere Bedeutung bei der politischen Gestaltung zu: sie erhält mehr Mitspracherecht und auch Mitentscheidungsmacht. Genau diese Bürgerpartizipation, die teils aus Eigeninitiative entsteht, aber auch vom Staat aktiv gefördert wird, ist einer der Grundelemente der „Zero Waste“ Politik. Die Kooperation zwischen den Akteuren, die essentiell für die Implementierung der „Zero Waste“ Strategie ist, gestaltet sich meist in informellen Netzwerken oder Projekten. Jedoch sind auch bei der „Zero Waste“ Strategie nicht alle Akteure gleichbeteiligt. Trotz der größeren Einflussmöglichkeiten der Zivilbevölkerung und deren großer Bedeutung für die Umsetzung der Umweltpolitik durch ihr zum großen Teil ehrenamtliches Engagement, wie zum Beispiel Demonstrationen, Bürgeraktionen, private Umweltverbände oder Internetblogs, besitzen Regierung und Wirtschaft immer noch unverhältnismäßig mehr Macht und Einfluss in den Governance-Netzwerken der Umweltpolitik.

Wer zu den Gewinnern oder zu den Verlierern der „Zero Waste“ Strategie gehört, ist schwer festzustellen. Vor allem bei nachträglicher Betrachtung erscheinen diese Kategorien als ungeeignet, da die „Zero Waste“ Politik weitreichende Auswirkungen hat und die betroffenen Akteure heterogene Gruppen sind, sowie unterschiedlich beeinflusst werden. Jedoch kann die Zivilbevölkerung am ehesten als „Gewinner“ bezeichnet werden, da sie eine sauberere urbane und ländliche Umwelt erhält. Ob Wirtschaft und Regierung zu den Gewinnern der „Zero Waste“ Politik gehören, ist schwerer zu beantworten, denn die Politik profitiert zwar allgemein von steigender Bürgerpartizipation, politischer Legitimation und einer effektiveren Müllentsorgung hinsichtlich ihres Images und Wählerstimmen. Auf der anderen Seite gibt es einige Wirtschaftszweige, die eventuell steigende Kosten aufgrund der aufwendigeren Müllentsorgung haben, zum Beispiel wenn frühere Entsorgungssysteme obsolet werden.

Bereits bestehende Verbrennungsanlagen entsprechen nicht mehr den umweltpolitischen Vorgaben und die Firmen werden somit dazu gezwungen, in die Forschung zu investieren und technisch aufzurüsten, was konsequenterweise Geld kostet. Diese wirtschaftlichen Akteure könnten in der Bevölkerung mit dem Verweis auf eine Schwächung der Wirtschaft gegen die Regierung mobil machen. Jedoch ist zu beachten, dass sich für die Wirtschaft auch neue Entwicklungs- und Arbeitsmöglichkeiten durch neue Umwelttechnologien öffnen. Ob die Vorteile der wirtschaftlichen Umstellung auf „Zero Waste“ die steigenden Kosten aufwiegen können, lässt sich nur aufgrund spezifischer Analysen und genauer betriebswirtschaftlicher Zahlen berechnen, die nicht Teil dieser Forschungsarbeit sind. Es lässt sich aufgrund der vorhergehenden Überlegungen jedoch vermuten, dass nicht alle Wirtschaftszweige freiwillig im Netzwerk der neuen „Zero Waste“ Umweltpolitik kooperieren.

Bei der Betrachtung beider Städte wird hinsichtlich ihrer „Zero Waste“ Projekte deutlich, dass sich in Neapel im Vergleich zu San Francisco die Umsetzung des Ziels eine „Zero Waste“ Stadt zu werden schwieriger gestaltet. Dies hängt insbesondere mit den spezifischen Bedingungen in Neapel zusammen, die eine Umsetzung beeinträchtigen. Hierzu zählt beispielsweise die Einmischung der Mafia in die städtische Müllpolitik. Parallel zur Umsetzung des „Zero Waste“ Projektes muss in Neapel das korrupte politische System beseitigt werden, das die umweltpolitischen Maßnahmen häufig eher bekämpft als durchsetzt. Außerdem sollte die Müllpolitik einer kompletten Neustrukturierung unterzogen werden, um sie dem Einfluss der Mafia zu entziehen. Das ehrgeizige Ziel Italiens, bereits im Jahr 2020 keinen Müll mehr zu produzieren, erscheint angesichts der aktuellen Situation äußerst unwahrscheinlich und vor allem angesichts der Tatsachen, wie der Lagerung giftigen Mülls in landwirtschaftlichen Nutzböden oder im Meer, als eher unbedeutende Errungenschaft. Allerdings steht diesen Schwierigkeiten die äußerst starke Motivation und Partizipation der Bevölkerung Neapels gegenüber, die sich über Proteste, Guerilla-Aktionen und vielen anderen Aktionen für die „Zero Waste“ Ziele einsetzt. Die Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilbevölkerung lässt in Neapel im Gegensatz zu San Francisco, in der die Wirtschaft die Chancen der „Zero Waste“ Projekt erkannt hat, jedoch noch großen Spielraum zu.

Nach einer genaueren Analyse der Netzwerk-Governance des Falles Neapel kann man feststellen, dass die Theorie der Netzwerk-Governance hier nicht ganz zutrifft. Zwar gibt es einige Projekte der staatlichen Kooperation mit der Zivilbevölkerung, sowie eine Vernetzung

von Umweltverbänden untereinander, es lässt sich jedoch keine Initiative der Wirtschaft erkennen, in Netzwerken mit den anderen Akteuren, sei es Staat oder Zivilbevölkerung, im Bereich der Umweltpolitik zu kooperieren. Erklären lässt sich diese Tatsache damit, dass die italienische Wirtschaft stark von der Mafia profitiert und in ihre illegalen Geschäfte verwickelt ist. So kann die Wirtschaft, die primär an der Erwirtschaftung von Gewinn interessiert ist, durch die Beteiligung an den illegalen Machenschaften der „ecomafia“ viel mehr Gewinn machen, als wenn sie eine saubere Abfallentsorgung und Recycling vorantreibt. Denn Mülltrennung bedeutet, dass weniger Müll produziert wird und die Müllunternehmen folglich weniger verdienen (vgl. Küpper, 2011). Da der starke Einfluss der Mafia in Italien aber einen Sonderfall inmitten der Städte mit „Zero Waste“ Projekten darstellt, ist es sehr wahrscheinlich, dass in den meisten anderen Städten, wie auch im Fall San Francisco erkennbar ist, die Wirtschaft die Vorteile einer Kooperation erkennt und aktiv mit den anderen Akteuren zusammen arbeitet. Als ein Resultat dieser Masterarbeit ist jedoch ersichtlich, dass die Beteiligung der Mafia durch ihren Einfluss auf die Wirtschaft eine effektive Network-Governance verhindert und somit ein wichtiges Hindernis auf Neapels Weg hin zu „Zero Waste“ darstellt.

Demgegenüber lässt sich in San Francisco eine effiziente Zusammenarbeit und ein hohes Engagement aller drei Akteure feststellen, womit San Francisco derzeit kurz vor dem Erreichen seines Zieles steht, bis zum Jahr 2020 eine „Zero Waste“ Stadt zu werden. Wenn man jedoch die aktuellen Recyclingquoten und die bereits erzielten Erfolge der kalifornischen Stadt betrachtet, erscheint das Erreichen des ehrgeizigen Zieles bis 2020 durchaus vorstellbar (vgl. Eberlein, 2012). Im Vergleich beider Städte muss allerdings beachtet werden, dass San Francisco fast ein Jahrzehnt vor Neapel mit ihren „Zero Waste“ Bemühungen begann und die institutionellen wie auch historischen Voraussetzungen viel günstiger sind als in Neapel, das unter der Mafia und der Wirtschaftskrise zu leiden hat. Während in San Francisco somit die „Zero Waste“ Politik, trotz starker Beteiligung der Zivilgesellschaft, stärker von der Wirtschaft und der Politik dominiert wird, ist es in Neapel vor allem die Zivilgesellschaft, die starken Druck ausübt, während die Politik innerlich zerrissen und die Wirtschaft immer noch primär an Profit und nicht am Umweltschutz interessiert ist.

Deshalb sind folglich auch das Umdenken im Umgang mit Müll, also der Wertwandel von Müll als Perzeption der Belastung hin zu einer nützlichen Ressource, sowie die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Rahmen einer kooperativen Umweltpolitik,

unverzichtbare Bestandteile und eine Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der „Zero Waste“ Politik. Für das Gelingen einer weltweiten „Zero Waste“ Bewegung, die einen großen Teil dazu beitragen kann, die Umwelt zu schonen und den Klimawandel zu bekämpfen, also eine Gesellschaft ohne überflüssigen Müll zu kreieren, müssen sich alle Akteure auf den verschiedenen Ebenen der Wirtschaft, der Politik und der Zivilbevölkerung aus Überzeugung für dasselbe Ziel einsetzen und miteinander kooperieren.

7. Ausblick

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die „Zero Waste“-Initiative ein guter Anfang ist, jedoch noch viel getan werden muss, denn trotz einiger Fortschritte und der Verbreitung der „Zero Waste“ Bewegung in den letzten Jahren produzierten die Amerikaner im Jahr 2009 nach EPA Daten noch geschätzte 243 Millionen Tonnen Abfall, also circa 2 Kilogramm Müll pro Einwohner jeden Tag. Ganze 132 Millionen Tonnen davon landete schließlich als Abfall in Mülldeponien (vgl. Ferry, 2011), was mehr als die Hälfte des insgesamt produzierten Mülls ausmacht. Somit ist die „Zero Waste“ Politik ein vielversprechender Ansatz zur Transformation des Umgangs mit Müll, der den Abfall von den Deponien wegleitet und recycelt. Die Zahlen der erreichten Recyclingraten, die Menge an vermiedenem Müll und die rasant steigende Anzahl der partizipierenden Städte und Gemeinden sprechen für sich.

Eine Frage, die offen bleibt, ist jedoch, wie sinnvoll die „Zero Waste“ Politik in Wirklichkeit ist. Bei der Literaturstudie gewinnt man leicht den Eindruck, dass „Zero Waste“ Strategie überwiegend aus Recycling und Wiederverwertung besteht. Dieses Konzept wird vielfach von den Politikern ohne kritische Reflexion und ohne Adaption an den jeweiligen regionalen Kontext übernommen. Eine noch effektivere Strategie wäre die Entwicklung eines Programms zur Vermeidung der Müllproduktion, das dem Müllproblem bereits im Vorfeld entgegenwirkt. In diesem Bereich gibt es allerdings noch sehr wenige konkrete Projekte und Beschlüsse. Die Anwendung einer solchen präventiven Umweltpolitik wird von vielen Experten als der einzige Weg gesehen, eine hundert Prozent Quote der „Zero Waste“ Strategie zu erreichen. Darüber hinaus könnten staatliche Kosten für die Müllentsorgung eingespart werden und somit würde nicht nur eine Art Schadensbegrenzung des bereits unnötig produzierten Abfalls betrieben, sondern die Wurzel des Problems bekämpft werden (vgl. Vinnitskava 2013). Vinnitskava (2013) spricht der Herstellungsart der Produkte eine ebenso große Bedeutung zu wie der Entwicklung einer regelrechten Müllkultur. „How products are manufactured and how they are marketed is equally as important important to developing a culture around reducing waste.“ (Vinnitskava 2013).

Als ein gutes Beispiel für eine solche präventive Umweltpolitik kann hier wieder die Stadt San Francisco genannt werden, die bereits bei der „Zero Waste“ Strategie einer der Vorreiter darstellt. Mit ihrem Motto „Preventing Waste Before it Happens“, einem innovativen Programm zur Vermeidung der Benutzung von Plastiktaschen in Einkaufsläden und

Restaurants, schafft die Stadt Anreize für Produzenten, ihre Produkte so herzustellen, dass sie langlebiger und außerdem einfacher zu recyceln sind (vgl. Vinnitskava 2013).

In diese Richtung sollten verstärkt Bemühungen unternommen und Forschung investiert werden, um herauszufinden, in welchen Bereichen und auf welche Art diese präventive Umweltpolitik durchgesetzt werden könnte, um die „Zero Waste“ Ziele zu ergänzen, wirklich zu hundert Prozent zu erfüllen und vor allem eine noch effektivere Müllvermeidung und somit auch Bekämpfung der Umweltverschmutzung zu erreichen. Hier müsste vor allem ein starker Fokus auf die Wirtschaft als Akteur der Umweltpolitik gelegt werden, da sie sich bislang als eher widerstrebender Kooperationspartner gezeigt hat. Die letzten Prozent einer 100-prozentigen Recyclingrate und einer wirklich effektiven Umweltpolitik können jedoch nur mit der aktiven Partizipation von Wirtschaft und Zivilbevölkerung realisiert werden, denn gesellschaftlichen Strukturen, Wahrnehmungen und Konsummuster müssen sich genauso ändern wie wirtschaftliche Produktionszyklen und technologische Herstellungsweisen – also welche Art von Materialien auf welche Weise verarbeitet wird, um möglichst wenig Abfall zu produzieren.

8 Literaturverzeichnis

Ammons, Archie Randolph (1993): Garbage. New York: W.W. Norton and Company. S.7

Andreani, Emmanuelle (2008): Mafia at centre of Naples's rubbish mess. 9.01.2008.
Internet: <http://www.iol.co.za/news/world/mafia-at-centre-of-naples-rubbish-mess-1.385229#.UtgIaWR5M3I> (16.01.2014)

Association Relative à la Télévision Européenne (ARTE) (2008): Zero Waste - Null Müll.
TV. 18.10.2013. Internet: <http://www.arte.tv/guide/de/048215-000/zero-waste-null-muell>
(19.10.2013)

Armiero, Marco (2008): Seeing like a Protester: Nature, Power and Environmental
Struggles. S.6, 64 – 70.

Benz, Arthur (1994): Kooperative Verwaltung. Funktionen, Voraussetzungen und Folgen.
Baden- Baden: Nomos. S.37 – 40.

Berger, Gerald (2006): Network Governance. Internet: <http://www.governance.at/?pId=2>
(27.11.13)

Bullard, Robert D. (2001): Environmental Justice in the 21st Century: Race Still Matters.
In: Brown Phylon 49 (3/4). S. 3-9.

Braun, Michael (2013): Neapel protestiert gegen die Müll-Mafia. In: Taz Online, Ausgabe
vom 17.11.2013. Internet: <http://www.taz.de/!127631/> (18.01.2014)

Brown, Phil (2008): Popular Epidemiology: Community Response to Toxic Waste-
Induced Disease in Woburn, Massachusetts. In: Sage (Hrsg.): Science, Technology, &
Human Values. 12(3/4), Special Issue on the Technical and Ethical Aspects of Risk
Communication. S.78-85. Internet: [http://www.jstor.org/discover/10.2307/689386?-uid=2&uid=-4&sid=21103714378037](http://www.jstor.org/discover/10.2307/689386?uid=2&uid=-4&sid=21103714378037) (22.03.2014)

Castree, Noel & Braun, Bruce (1998): Remaking reality: nature at the millennium.
London & New York: Routledge. S.34

Californians against waste (CAW) (2013): About CAW. Internet:
<http://www.cawrecycles.org/about> (22.01.14)

Christie, Jim (2011): Ed Lee wins San Francisco mayor's race. Thomas Reuters. Internet: <http://www.reuters.com/article/2011/11/10/us-sanfrancisco-mayor-election-idUSTRE7A90BU20111110> (27.11.2013)

Citymayors (2007): The 150 richest cities in the world by GDP in 2005. Internet: <http://www.citymayors.com/statistics/richest-cities-2005.html> (17.12.13)

CLEANAP (2011): About us. Internet: <http://cleanap.wordpress.com/english/> (18.01.2014)

D'Alisa, Giacomo; Burgalassi, David; Healy, Hali & Walter, Mariana (2010): Conflict in Campania: Waste emergency or crisis of democracy. In: Howarth, R.B. (Hrsg.): Ecological Economics, 70 (2), S.239-249. Internet: www.elsevier.com/locate/ecolecon (19.12.2013)

Deutsche Wirtschafts Nachrichten (2013): Nichts als Streit: Weltklima-Konferenz in Warschau gescheitert. Internet: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/21/nicht-als-streit-weltklima-konferenz-in-warschau-gescheitert/> (12.12.13)

Easy Expat Ltd (2009a): Overview of San Francisco. Politics of San Francisco. Internet: <http://www.easyexpat.com/en/guides/usa/san-francisco/overview/politics.htm> (27.11.2013)

Easy Expat Ltd (2009b): Overview of San Francisco. Economy of San Francisco. Internet: <http://www.easyexpat.com/en/guides/usa/san-francisco/overview/economy.htm> (27.11.2013)

Eberlein, Sven (2012): Where no city has gone before: San Francisco will be world's first Zero Wastetown by 2020. Alternet. Internet: http://www.alternet.org/story/-155039/where_no_city_has_gone_before%3A_san_francisco_will_be_world's_first_zero-waste_town_by_2020 (22.03.2013)

Europäisches Parlament (2011): Müllnotstand in Kampanien. Plenardebatte. Internet: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=//EP//TEXT+CRE+20110118+ITEM017+DOC+XML+V0//DE&language=de&query=INTERV&detail=2-640-000> (27.11.2013)

Eurostat (2013): Unemployment rate by NUTS2 regions. Internet: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=tgs00010> (17.12.13)

Ferry, David (2011): The Urban Quest for Zero Waste. In: The Wall Street Journal September 12, 2011. Internet: <http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424053111904583204576542233226922972> (20.12.2013) Nach: D'Alisa, Giacomo; Burgalassi, David; Healy, Hali & Walter, Mariana (2010): Conflict in Campania: Waste emergency or crisis of democracy. In: Ecological Economics, Volume 70 (2). S.242. Internet: www.elsevier.com/locate/ecolecon (19.12.2013)

Fontana, E., Pergolizzi, A., Ruggiero, P., Dodaro, F., Groccia, C., Ciafani, S. & Del Giudice, R. (2008): Rifiuti Spa. Legambiente. Internet: <http://www.borsarifiuti.com/materiali.phpsc?i=d> (20.12.2013)

Fontana, Enrico (2007): "Presentazione" in Rapporto Ecomafia 2007. I Numeri e le Storie della Criminalità Ambientale. Milan: Osservatorio Nazionale Ambiente e Legalità di Legambiente. S.13

Gokaldas, Virali (2012): San Francisco, USA. Creating a Culture of Zero Waste. S.14 -21. In: Global Alliance for Incinerator Alternatives (GAIA) (2010): On the Road to Zero Waste. Successes and Lessons from Around the World. Quezon City, Phillipinen. S.14 - 21. Internet: <http://www.no-burn.org/on-the-road-to-zero-waste-successes-and-lessons-from-around-the-world> (20.11.2013)

Gutberlet, Jutta (2008): Recovering Resources – Recycling Citizenship: Urban Poverty Reduction in Latin America. Burlington, VT: Ashgate. S.3 - 29, 154.

Greyl, Lucie; Vegni, Sara; Natalicchio, Maddalena; Cure, Salima & Ferretti, Jessica (2010): The Waste Crisis in Campania, Italy. A Sud, Italy, CEECEC Case Study, May 2010. S.4-27. Internet: <http://www.ceecec.net/case-studies/waste-crisis-in-campania-italy/#2> (16.01.14)

Hirst, Paul & Thompson, Grahame (1997): Globalization in Question: International Economic Relations and Forms of Public Governance. S. 362. In: Hollingsworth, J. Rogers & Boyer, Robert (1998): Contemporary Capitalism. The Embeddedness of

Institutions. Cambridge.

Iacueli, A. (2007): Le vie infinite dei rifiuti. Il sistema campano. Italy: Edizioni Rinascita, Ispra.

Istituto Nazionale di Statistica (ISTAT) (2012): Statistiche demografiche ISTAT. Internet: <http://demo.istat.it/bilmens2012gen/index02.html> (03.08.2014)

Johnson, Bea (2012): Zero Waste Home. Internet: <http://zerowastehome.blogspot.co.at/p/about.html> (22.01.14)

Kannankulam, John & Georgi, Fabian (2012): Die europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das ‚Staatsprojekt Europa‘. Arbeitspapier Nr. 30. Marburg: Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg. S. 38 –39.

Kloepfer, Michael; Rehbinder, Eckard & Schmidt-Aßmann, Eberhard (1990): Umweltgesetzbuch, Allgemeiner Teil. Forschungsbericht 10106028/01-03/ im Auftrag des Umweltbundesamtes. Berlin. S. 155 - 175.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Europäisches Regieren. Ein Weißbuch. S.14.

Küpper, Stefan (2011): Politik in Italiens schmutzigster Stadt. Rr-online 30.04.2011. Internet: <http://www.rp-online.de/politik/ausland/ein-saubermann-will-in-neapel-ausmisten-aid-1.1700995> (06.12.2014)

La Repubblica (2011): De Magistris batte Lettieri 2 a 1 „Napoli è stata liberata“ (30.05.2011).Internet:http://napoli.repubblica.it/cronaca/2011/05/30/news/intention_poll_digis_sky_de_magistris_in_testa-16958725/ (06.01.2014)

Legambiente Online (2003a): Chi-Siamo. Internet: <http://www.legambiente.it/legambiente/chi-siamo> (18.01.2014)

Legambiente Online (2003b): About - legambiente. Internet: <http://www.legambiente.it/legambiente/about-legambiente> (18.01.2014)

Legge Rifiuto Zero (2013a): Legge Rifiuti Zero. 80.000 firme per un futuro sostenibile. Internet: <http://www.leggerifiutizero.it/comunicati/166-legge-rifiuti-zero-80-000-firme-per-un-futuro-sostenibile> (18.01.2014)

Legge Rifiuto Zero (2013b): Chi siamo. Internet: <http://www.leggerifiutizero.it/chi-siamo> (18.01.2014)

Lehmann, Steffen (2011): Optimizing Urban Material Flows and Waste Streams in Urban Development through Principles of Zero Waste and Sustainable Consumption. In: Sustainability 2011/3. S.155-183.

Low Nicholas & Gleeson Brendan (1998): Justice, Society and Nature: An Exploration of Political Ecology. Routledge: London. S.1-5.

Mayntz, Renate (1995): Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie. In: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. PVS-Sonderheft 26. Opladen: Westdeutscher Verlag. S.163-165.

Mayr, Walter (2014): Im Vorhof der Hölle. DER SPIEGEL. Volume 3/2014.

Meckling, Jonas (2003): Netzwerkgovernance. Corporate Citizenship und Global Governance. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). S.8- 35. Internet: <http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/19651> (28.11.2013)

Merli, Nina (2011): Neapels Jugend räumt auf. Tagesanzeiger 19.07.2011. Internet: <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Neapels-Jugend-raeumt-auf/story/21977711> (22.02.2014)

Moore, Sarah (2012): Garbage matters: Concepts in new geographies of waste. Progress in Human Geography. 36(6), S.780-799. Internet: <http://phg.sagepub.com/content/36/6/780> (11.12.2013)

ORF Online (2014): Neapel. Kirche kritisiert illegale Giftmüllentsorgung. 05.01.2014. Internet: <http://religion.orf.at/stories/2623793/> (09.01.2014)

Palmer, Paul (2009): Zero Waste Institute. Internet: http://zerowasteinstitute.org/?page_id=20 (12.12.2013)

Petru, Alexis (2011): Meet the Zero Waste Family. Earth911. Internet: <http://earth911.com/news/2011/04/13/zero-waste-johnson-family/>

Prittwitz, Volker von (1994): Politikanalyse. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S.92.

Rahmsdorf, Stefan & Schellnhuber, Hans-Joachim (2012): Der Klimawandel: Diagnose, Prognose, Therapie. München: C.H.Beck. S.7-10.

Rabitti, P. (2008): Ecoballe. Tutte le verità su discariche, inceneritori, smaltimento abusivo dei rifiuti. Aliberti, Italy zitiert nach: D'Alisa, Giacomo; Burgalassi, David et al. (2010): Conflict in Campania: Waste emergency or crisis of democracy. In: Ecological Economics 70(2). S.239-249. Internet: www.elsevier.com/locate/ecolecon (19.12.2013). S.246

Reinecke, Wolfgang; Deng, Francis & Benner, Thorsten (2000): Critical Choices. The United Nations, Networks, and the Future of Global Governance. Ottawa: International Development Research Center. S.28- 29.

Rhodes, R.A.W (1996): The New Governance: Governing without Government. Political Studies. S. 652-667.

Rogall, Holger (2002): Neue Umweltökonomie – ökologische Ökonomie: ökonomische und ethische Grundlagen der Nachhaltigkeit, Instrumente zu ihrer Durchsetzung. Berlin: Springer Verlag. S. 165 – 167. Zitiert nach: Rogall, Holger (2000): Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Eine praxisorientierte Einführung in die Neue Umweltökonomie und Ökologische Ökonomie. Studien zur Umweltökonomie und Umweltpolitik. Band 5. Berlin: Duncker und Humblot Verlag. S.300 - 512.

Rogall, Holger (2003): Akteure der nachhaltigen Entwicklung. Der ökologische Reformstau und seine Gründe. München: Ökom-Verlag S.31 – 34.

San Francisco Department of Environment (2011): InSight Engagement Project. Internet: <http://www.sfenvironment.org/news/press-release/insight-engagement-project>

(22.02.2014)

Scharpf, Fritz W. (1991): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. In: Abels, Gabriele (Hrsg.): Politische Vierteljahresschrift, 32(4). S. 62-64, 623.

Scharpf, Fritz W.; Reissert, B. & Schnabel, F. (1976): Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik. Kronberg: Scriptor Ts. S.18.

Scheer, Dirk (2006): Governance und Nachhaltigkeit. Sondierung und Analyse beispielhafter sozialökologischer Steuerungsmuster. Heidelberg: Institut für ökologische Wirkungsforschung (IÖW), 193(06). S.5-11.

Schmitter, Philippe C. (1996): Sektoren im Modernen Kapitalismus: Steuerungsformen und ihre Performanzunterschiede, in: Kenis, Patrick; Schneider, Volker (Hrsg.): Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt/Main: Campus. S. 55.

Schütte, Anna Katharina & Scheftelowitz, Mattes (2010): Service- und Begleitvorhaben des Förderprogramms „Optimierung energetische Biomassenutzung“. Ergebnispapier Workshop Akteursanalyse, Netzwerkanalyse und Akzeptanzforschung. S.2.

San Francisco Environment (2002): Resolution Number 679-02. Resolution for 75% Waste Diversion Goal. Internet: http://www.sfenvironment.org/sites/default/files/editor-uploads/zero_waste/pdf/sfe_zw_zerowaste_resolution_signed_by_mayor.pdf (22.03.2014)

Surt Foundation (2010): Urban political ecology. Internet: <http://understandingsocialscience.wordpress.com/2010/01/11/urban-political-ecology/> (01.12.2013)

Swyngedouw, Erik (1996): The city as a hybrid: On nature, society and cyborg urbanisation. Capitalism Nature Socialism 7. S.65–80.

Swyngedouw, Erik & Heynen Nikolas (2003): Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale. In: Antipode. 35(5). Oxford: Blackwell Publishing. S.899 - 915.

Swyngedouw, Erik & Kaika Maria (2000): The environment of the city or... the urbanisation of Nature. In: G. Bridge and S. Watson: Reader in Urban Studies. Oxford: Blackwell Publishing. S. 562.

Synergis. Zero Waste Group o.J.: Zero Waste. Programs and Events. Internet: <http://www.zerowastegroup.com/zerowaste.html> (11.12.13)

Tam, Laura (2010): Towards Zero Waste. A look at San Francisco's model recycling policies. In: Arieff, Allison (Hrsg.): The Urbanist, 489 (2). Internet: <http://www.spur.org/publications/article/2010-02-01/toward-zero-waste> (27.11.13)

Tangri, Neil (2010): Pune. India. Waste Pickers Lead the Way to Zero Waste. S.6 – 13. In: Global Alliance for Incinerator Alternatives (GAIA) (2010): On the Road to Zero Waste. Successes and Lessons from Around the World. Internet: <http://www.no-burn.org/on-the-road-to-zero-waste-successes-and-lessons-from-around-the-world> (20.11.2013)

The City Mayors Foundation (2007): The 150 richest cities in the world by GDP in 2020. Internet: <http://www.citymayors.com/statistics/richest-cities-2020.html> (11.12.13)

The Columbia Electronic Encyclopedia (2012): Naples. Internet: <http://www.infoplease.com/encyclopedia/world/naples-city-italy.html#ixzz2nj72ABza> (17.12.13)

Tortora, F. (1989): Emergenza rifiuti in Campania. In: Journal of Naples, 29. S.249

Vinnitskava, Irina (2013): San Francisco paves the road to Zero Waste. Internet: <http://www.archdaily.com/334811/san-francisco-paves-the-road-to-zero-waste/> (22.11.2013)

Wolff, Franziska (2006): Kooperative Umweltpolitik als Beispiel sich wandelnder Staatlichkeit. Paper für die Tagung „Staatlichkeit im Wandel“. Bremen: Öko-Institut e.V. Internet: <http://www.oeko.de/oekodoc/915/2006-197-de.pdf> (22.11.2013)

Zaman, Atiq Zu & Lehmann, Steffen (2011): Challenges and Opportunities in Transforming a City into a „Zero Waste“ City. In: Manz, Andreas (Hrsg.): Challenges, 2(4). S.73-93.

Zero Waste International Alliance (2013): ZW Hierarchy. Internet: <http://zwia.org/standards/zero-waste-hierarchy/> (12.12.13)

Zero Waste International Alliance (2009): ZW Definition. Internet: <http://zwia.org/standards/zw-definition/> (14.03.2014)

Abstract

Die „Zero Waste“ Bewegung stellt eine neue Regierungsform der kooperativen Governance in übergreifenden Akteurs-Netzwerken in Umweltbelangen dar, mit dem Ziel, die Müllproduktion auf fast null Prozent zu reduzieren. Die Frage, die sich in diesem Kontext stellt, ist: Wie gestaltet sich die Kooperation ziviler und privatwirtschaftlicher Akteure mit der Regierung auf verschiedenen Ebenen und welche Auswirkungen hat diese Zusammenarbeit? In meiner Masterarbeit werde ich mich anhand qualitativer Studien der Literaturrecherche und unter Verwendung von Theorien wie der „Kooperativen Umweltpolitik“ und der „Urban Political Ecology“ auf die beiden „Zero Waste“ Projekte in Neapel, Italien und San Francisco, Amerika, konzentrieren. Ergänzt durch den „Environmental Justice“-Ansatz wird dieser theoretische Rahmen die nötige Einengung des Themas vornehmen und die richtige Perspektive zur Beantwortung der Forschungsfrage erlauben. Der Fokus der Analyse liegt vor allem auf der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteursebenen im Feld der Umweltpolitik, sowie den verschiedenen Interessen, Maßnahmen und der Relevanz der verschiedenen Akteure Staat-Wirtschaft-Zivilbevölkerung für die Umsetzung der „Zero Waste“ Projekte. Die relevante Literatur wurde dahingehend ausgewählt, dass sie einen aktuellen und inhaltlichen Bezug auf wissenschaftlichem Niveau zu dem Thema hat. Die Analyse der beiden „Zero Waste“ Projekte der beiden Städte Neapel und San Francisco zeigt, dass die kooperative Netzwerk-Governance verstärkt zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat auf verschiedenen Ebenen stattfindet, während sich die Privatwirtschaft, meist aus Kosten-Nutzen Kalkulationen, mit freiwilligem Engagement noch zurückhält. Die Bedeutung dieser staatlich-zivilen Kooperation für die Umsetzung der „Zero Waste“ Produkte ist groß, denn gewisse Ziele können nicht ohne Zivilbevölkerung und Wirtschaft erreicht werden. Jedoch ist die weit verbreitete Ansicht, dass „Zero Waste“ nur aus Recyceln und Wiederverwertung besteht, nicht ausreichend für die Zielerreichung. Um einen wirklichen Wandel zu erreichen, muss sich der Produktionszyklus der Produkte und vor allem auch das Konsumverhalten der Bevölkerung, grundlegend ändern.

Julia Stürzl

Studentin des Masterstudiums Politikwissenschaft Universität Wien, Absolventin der Wirtschaftspolitischen Akademie und des Karl-Renner Journalismus/PR Lehrgangs



Persönliche Daten:

Julia Stürzl, Bakk. Phil.

Ausbildung:

Erasmus Universität Granada, Spanien: SS 2014

Master Politikwissenschaft, Universität Wien: WS 2012 – WS 2014

Bachelor Publizistik, Universität Wien (Note 2,1)
Schwerpunkt PR/Journalismus: SS 2009 – SS 2012

Bachelor Umweltingenieurwesen, TU München: WS 2008 – SS 2009
Europäisches Gymnasium Berchtesgaden, Bayern (Abitur 2007: Note 2,3): 1998 – 2007

Grundschule Berchtesgaden: 1994 – 1998

Praktika

CJD – Christliches Jugenddorfwerk Deutschland
Öffentlichkeitsarbeit (Non-Profit): 09/2012

Hansmann PR, München: 07/2010 – 09/2010

Süddeutsche Zeitung, Starnberg: 07/2010 – 09/2010

Berchtesgadener Anzeiger – Redaktion: 04/2005

Außerschulisches Engagement

Lesepatin der Neuen kooperativen Mitteschule Hainburger Straße, Wien seit Oktober 2013

Mitglied Amnesty International Studentennetzwerk seit Oktober 2013

PRNA-Mitglied (Public Relations Newcomer Austria) seit Juli 2013

PR/Journalismus Lehrgang des Karl-Renner Instituts Wiens SS 2012

Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) seit 2012

Wirtschaftspolitische Akademie, Wien: 10/2011 – 06/2012

OxiMUN Lehrgang, England: 10/2011

Auslandsaufenthalte

Spanien, Granada: ERASMUS-Aufenthalt

02/2014 -07/2014

England, Oxford: OxiMUN an Oxford University 28.10.2011-30.10.2011